



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998

Marina Delgrande, Wolf Linder

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)	1 356 689 57.2%	1 013 804 42.8%
Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe»	536 073 23.0%	1 792 637 77.0%
Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»	973 706 41.5%	1 374 503 58.5%
Stimmende	4 637 498	
Stimmbeteiligung	51%	



Forschungsinstitut
Büro Bern, Hirschengraben 5, Postfach 6323, 3001 Bern
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19,
e-mail: gfs@gfs-be.ch

**Universität
Bern**

Universität Bern, Institut für Politikwissenschaft
Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern 9
Telefon 031 631 83 31, Telefax 031 631 85 90

Impressum

Die VOX-Analysen der eidgenössischen Urnengänge kommentieren seit 1977 die Volksabstimmungen und Wahlen auf eidgenössischer Ebene aufgrund wissenschaftlich durchgeführter, repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Bern/Zürich) verantwortlich. Die Federführung für den Inhalt der vorliegenden Analyse liegt beim Institut für Politikwissenschaft Abteilung Innenpolitik/Vergleichspolitik des Instituts für politische Wissenschaften der Universität Bern.

GfS-Forschungsinstitut

Projektleitung: Claude Longchamp
Sekretariat: Claudia Klein
Support CATI: Gabor Csillo

EDV/Datenbank: Urs Bieri
Feldchef: Georges Ulrich

Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern

Verantwortlich: Prof. Wolf Linder

Autorin: Marina Delgrande

Satz und Druck

Satzart AG, Bern
Druckerei Heinz Arm, Bern

Übersetzung

Charlotte Egger, Bern

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern kosten Fr. 25.– (Ausland Fr. 30.–). Die vollständige Serie der VOX-Analysen (1977 bis 1995) kann zum Preis von Fr. 600.– beim Sekretariat des GfS-Forschungsinstituts bezogen werden (Adresse: Postfach 6323, 3001 Bern).

Zitierweise und Copyright

Vorliegende Nummer: Delgrande, Marina / Linder, Wolf: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998, VOX Nr. 64, GfS und IPZ, Bern, 1998. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hgg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich 1977 ff.
22. Jahrgang, © by GfS et DSP
Auflage: 1350 Exemplare

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Meinungsbildung und subjektive Bedeutungseinschätzung der Vorlagen	6
2.1 Die Meinungsbildung	6
2.2 Die subjektive Bedeutungseinschätzung der Vorlagen	8
3. Bundesgesetz über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)	9
3.1 Die Ausgangslage	9
3.2 Das Stimmverhalten	10
3.3 Die spontanen Entscheidungsmotive	16
3.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe	18
4. Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» (Auffanginitiative)	22
4.1 Die Ausgangslage	22
4.2 Das Stimmverhalten	23
4.3 Die spontanen Entscheidungsmotive	27
4.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe	30
5. Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe» (Kleinbauerninitiative)	32
5.1 Die Ausgangslage	32
5.2 Das Stimmverhalten	35
5.3 Die spontanen Entscheidungsmotive	36
5.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe	38
6. Methodischer Steckbrief	39
7. Hauptergebnisse der Abstimmungen vom 27. September 1998	42

Tabelle 1.1: Die effektiven Abstimmungsresultate für die ganze Schweiz und nach Kanton, in Prozent der Stimmenden

Kanton	Beteiligung	LSVA	Landwirtsch.- Initiative	AHV- Initiative
	%	% Ja	% Ja	% Ja
CH	51.0	57.2	23.0	41.5
ZH	49.7	66.9	27.4	39.7
BE	53.1	57.2	26.8	39.2
LU	60.3	54.0	19.4	36.6
UR	54.9	57.8	24.2	37.1
SZ	51.1	40.9	18.9	29.3
OW	58.1	39.5	12.3	26.8
NW	59.9	51.9	15.1	27.3
GL	50.5	46.7	21.6	33.1
ZG	57.7	59.6	20.5	34.2
FR	56.9	42.1	14.7	50.0
SO	56.9	57.5	28.0	39.1
BS	55.7	72.5	30.9	43.8
BL	52.3	62.6	24.6	39.7
SH	70.6	55.8	24.3	42.2
AR	60.3	50.7	21.9	32.7
AI	59.1	35.5	13.4	23.2
SG	54.6	52.3	24.3	34.8
GR	46.0	58.9	25.0	39.2
AG	51.2	51.6	23.2	35.2
TG	55.2	48.1	17.8	32.2
TI	41.2	67.2	34.7	60.4
VD	46.1	55.3	13.7	49.1
VS	47.0	50.6	13.8	49.3
NE	47.3	48.4	13.7	57.7
GE	49.12	67.2	21.2	54.2
JU	55.3	49.3	16.3	68.2

Quelle: <http://www.admin.ch>

1. Einleitung

Am 27. September 1998 gab es für den Bundesrat einen dreifachen Sieg, folgten doch die Stimmenden in allen Fällen seinen Vorschlägen. Als erstes hatten sich die Schweizer Stimmberechtigten zum Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe zu äussern, deren Prinzip sie vier Jahre zuvor bereits zugestimmt hatten. Diese neue Abgabe, welche mehrfache und verwirliche Auswirkungen hatte, und über die ausserdem eine sehr intensive Kampagne geführt worden war, wurde schliesslich gutgeheissen, wobei das Resultat mit 57,2 Prozent Ja-Stimmen (*Tabelle 1.1*)¹ besser war als erwartet. Gleichzeitig sprachen sich die Stimmenden auch für die 10. AHV-Revision aus: die Initiative von SGB und CNG «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» wurde mit 58,5 Prozent Nein-Stimmen und von 21 Kantonen abgelehnt. Und schliesslich lehnten 77 Prozent der Stimmenden und alle Kantone die Initiative des VKMB «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe» haushoch ab, was angesichts der breiten Opposition, die sich während der Kampagne gebildet hatte, nicht erstaunt.

Die Abstimmung vom 27. September 1998 war auch ein Erfolg für die direkte Demokratie. Die Stimmbeteiligung gehörte mit 51 Prozent zu den höchsten dieses Jahrzehnts, brachten doch während der 90er-Jahre lediglich die Initiativen «40 Waffenplätze sind genug» und «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»² und vor allem der Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum³ mehr Bürgerinnen und Bürger an die Urne. Die vorliegende Abstimmung brachte im übrigen kaum neue Elemente zum Vorschein, was die erklärenden Faktoren für die bei unseren früheren Umfragen festgestellte Stimmbeteiligung angeht.⁴ Wie üblich trugen die politischen Merkmale der Befragten am meisten zur Erklärung über Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Abstimmung bei. So gingen die politisch Interessierten oder die einer Partei Nahestehenden – um so mehr, wenn sie eng mit ihr verbunden sind – in grösserer Zahl an die Urne als jene, die überhaupt nicht an Politik interessiert sind oder keiner Partei nahestehen. Dagegen machten wir keine signifikativen Unterschiede zwischen den SympathisantInnen der Bundesratsparteien aus. Was die sozialen Merkmale angeht, zeigte sich namentlich, dass Männer, ältere Personen und solche mit höherer Ausbildung besser zu mobilisieren waren als Frauen, Junge und Personen mit tiefem Ausbildungsstand.

¹ Dies sind die provisorischen amtlichen Ergebnisse. Die definitiven amtlichen Ergebnisse, die nach Erscheinen des vorliegenden Berichts veröffentlicht werden, könnten noch einige Abweichungen erfahren.

² Diese Abstimmung fand am 6. Juni 1993 statt und brachte 54,6 Prozent der StimmbürgerInnen an die Urnen.

³ Diese Abstimmung fand am 6. Dezember 1992 statt und brachte 79 Prozent der StimmbürgerInnen an die Urnen.

⁴ Die von der VOX-Umfrage ermittelte Stimmbeteiligung von 66,3 Prozent lag wie üblich weit ausserhalb des Vertrauensintervalls. Für dieses Phänomen, das in den VOX-Umfragen, aber auch in anderen Umfragen regelmässig auftaucht, gibt es eine doppelte Erklärung. Zum einen sind Personen, die an Abstimmungen teilnehmen, eher geneigt, auch an Umfragen über politische Themen teilzunehmen als solche, die nicht abstimmen gehen. Und zweitens möchten gewisse Personen, die gelegentlich oder überhaupt nicht stimmen gehen, dies nicht zugeben, und geben deshalb die Antwort, von der sie annehmen, dass sie von der Gesellschaft am ehesten akzeptiert wird, sagen aber gleichzeitig, sie hätten abgestimmt.

2. Meinungsbildung und Bedeutung der Vorlagen

In diesem Teil geht es nicht um das Stimmverhalten, sondern um das, was ihm vorausgeht, also die Meinungsbildung. Dabei können wir namentlich die politische Kampagne im Vorfeld der Abstimmungen vom 27. September 1998 näher betrachten. Zur Erinnerung: diese unterschied sich bei den verschiedenen Vorlagen beträchtlich in Länge und Intensität. So begann die öffentliche Diskussion über die LSVa schon Anfang August und wurde weit heftiger geführt als diejenige über die anderen Vorlagen. Die Kampagne für die AHV-Initiative fing erst Anfang September richtig an, war aber immerhin viel lebhafter als diejenige für die Kleinbauerninitiative. Letztere wäre beinahe von den anderen beiden Vorlagen verdrängt worden, hätten sich nicht zahlreiche Bauern in bisher ungekannter und origineller Art mit Strohbindeln, die vor allem in der Romandie überall aufgestellt wurden, für ein «Nein» eingesetzt.

2.1 Die Meinungsbildung

Um für eine Vorlage zu einer Entscheidung zu gelangen, zogen die Befragten wie üblich vor allem die Printmedien zu Rate: spezifische Artikel in den Zeitungen (73 Prozent), aber auch Inserate (53 Prozent), Leserbriefe (46 Prozent) und Abstimmungszeitungen (41 Prozent). Auch Fernseh- und Radiosendungen (69 resp. 52 Prozent) sowie das Bundesbüchlein (57 Prozent) wurden in grossem Masse beigezogen. An nächster Stelle kommen Plakate auf den Strassen (47 Prozent), gefolgt von Gesprächen am Arbeitsplatz (20 Prozent), Direktmailings (19 Prozent) und Standaktionen (16 Prozent). Insgesamt nutzten die Befragten im Durchschnitt die zur Verfügung stehenden Informationsmittel leicht überdurchschnittlich: Mit 19 Prozent kamen diesmal die Medien im Vergleich mit den durchschnittlich 11 Prozent bei den 7 vorangegangenen Abstimmungen⁵ stärker zum Zug. Und schliesslich stellten wir fest, dass die Stimmenden allgemein die Medien mehr zu Rate zogen als diejenigen, die nicht zur Urne gingen.

2.1.2 Die Entscheidungsschwierigkeit

Sehen wir uns nun an, wie weit die Befragten sich aufgrund der während der Kampagne erhaltenen Informationen ein Bild über die Folgen ihres Entscheids bezüglich ihrer eigenen Person machen konnten.

Laut der VOX-Umfrage war es für die Befragten relativ einfach, die Auswirkungen eines Ja oder eines Nein zur AHV-Initiative vorauszusehen (Tabelle 2.1). 58 Prozent der befragten Personen, also etwas mehr als im Mittel, fanden es «eher einfach», sich zu dieser Frage eine Meinung zu bilden. Das trifft übrigens oft zu bei Fragen, die wenig komplex und von einer Trennung in links und rechts begleitet sind, die deutlicher erkennbar macht, was auf dem Spiel steht. Schwieriger war es bei den anderen beiden Vorlagen. So hatten nur 48 Prozent der befragten Personen keine Schwierigkeiten, sich ein Bild über die LSVa zu machen. Der Kampf mit den widersprüchlichen

⁵ Hier geht es um den Index, der von der Anzahl der von den Befragten während der Abstimmungskampagne genutzten Informationsmittel errechnet wurde («höheres Informationsniveau» = 8 bis 11 zu Rate gezogene Medien, «mittleres Niveau» = 4 bis 7, «tiefes Niveau» = 1 bis 3 und «Null-Niveau» = 0). Für die Abstimmungen vom 27. September 1998 wiesen 5 Prozent der Befragten ein Mediennutzungsniveau «Null», 27 Prozent ein «tiefes», 49 Prozent ein «mittleres» und 19 Prozent ein «hohes» Niveau auf.

Tabelle 2.1: Entscheidungsschwierigkeit und Zeitpunkt des Entscheids für die Abstimmungen des 27. Septembers 1998

	LSVA %	Landw.- Initiative %	AHV- Initiative %	Durchschnitt 1991-98 ^a %
<i>Entscheidungsschwierigkeit</i>				
Eher leicht	48	43	58	53
Eher schwierig	43	40	30	33
<i>Zeitpunkt des Entscheids</i>				
Einige Tage vorher	14	13	12	19
1 bis 6 Wochen vorher	47	47	44	39
1 Woche vorher	15	17	16	
2 Wochen vorher	13	13	12	
3 Wochen vorher	9	7	6	
4 Wochen vorher	6	7	6	
6 Wochen vorher	3	3	3	
War von Beginn an klar	37	32	41	36
n Gesamtheit der Befragten für «Entscheidungsschwierigkeit» = 1014 n Gesamtheit der Befragten für «Zeitpunkt des Entscheids» = 670 (nur die Teilnehmenden) ^a Errechneter Durchschnitt vom 3. März 1991 bis zum 7. Juni 1998 bei 59 Abstimmungsvorlagen. Das Total liegt unter 100 Prozent, weil «weiss nicht» und «keine Antwort» in der Tabelle nicht vorkommen. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998				

Zahlen und Argumenten, den sich BefürworterInnen und GegnerInnen der neuen Abgabe lieferten, die vielen Folgen der Vorlage und die starke Polarisierung zwischen zahlreichen politischen Organisationen, welche an der Diskussion teilnahmen, könnten dieses Resultat zumindest teilweise erklären. Eindeutig am schwierigsten war die Entscheidung bei der Kleinbauerninitiative, waren doch die Hauptinteressierten, nämlich die Bauern, selber in zwei Lager geteilt.

2.1.3 Der Zeitpunkt des Entscheids

Die drei Vorlagen weisen grosse Ähnlichkeiten auf, was das Datum angeht, an dem der Entscheid gefällt wurde (Tabelle 2.1). Diejenigen, welche eine klare Vorstellung über den Inhalt hatten, ohne die Informationen der Kampagne zu benötigen, sind im Mittelfeld zu finden. Die Stimmenden, welche mit ihrem Entscheid bis zum letzten Moment gewartet haben (d. h. bis nach Ende der Kampagne), sind weniger zahlreich als gewöhnlich. Im allgemeinen fasste die Mehrzahl der Stimmenden ihren Entscheid zwischen einer und sechs Wochen vor dem Urnengang, das heisst zwischen Anfang und Ende der Kampagne. Ein Vergleich mit dem Durchschnitt zeigt, dass dies in diesem Zeitraum im allgemeinen weniger oft der Fall ist. Also hat mindestens bei der LSVA die Intensität der Kampagne dazu geführt, dass eine höhere Zahl Stimmender nicht gezwungen war, sich zu entscheiden, nur weil die Abstimmung kurz bevorstand.

Tabelle 2.2: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlage durch die BürgerInnen selber

Bedeutung für ...	LSVA		Landw. Initiative		AHV Initiative		Durchschnitt 1993-97 ^a	
	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %
Sehr gering (0,1) ^b	1	8	4	14	1	10	6	21
Gering (2,3,4)	3	13	16	27	5	13	13	19
Mittel (5)	9	21	26	23	15	21	17	16
Gross (6,7,8)	28	28	23	15	31	26	31	21
Sehr gross (9,10)	53	27	22	15	43	27	24	18

n Gesamtheit der Befragten = 1014.
^a Von uns errechneter Durchschnitt vom 6. Juni 1993 bis zum 28. September 1997 über 42 Vorlagen.
^b Die Befragten mussten die Bedeutung der verschiedenen Vorlagen auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen. 0 bedeutete «ganz unwichtig» und 10 «sehr wichtig».
 Das Total liegt unter 100 Prozent, weil «weiss nicht» und «keine Antwort» in der Tabelle nicht vorkommen.
 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

Zum Schluss schauen wir uns die Auswirkungen der politischen Kampagne an. Im vorliegenden Fall scheint der Zeitpunkt des Entscheids keinen Einfluss auf die definitive Entscheidung gehabt zu haben, denn bei den dazu Befragten blieb die Verteilung der Ja- und der Neinstimmen bei den drei Vorlagen vor und während der Kampagne konstant. Angesichts dieses Resultats scheint es, dass die Pro- und die Kontra-Kampagne, welche jeder Abstimmung vorangehen, gesamthaft die gleiche Wirksamkeit gehabt haben.

2.2 Die subjektive Bedeutungseinschätzung der Vorlagen

Die Befragten massen zwei der drei Vorlagen vom 27. September 1998 eine beträchtliche Bedeutung zu (Tabelle 2.2). 53 resp. 43 Prozent der Befragten sprachen der Schwerverkehrsabgabe und der AHV ein «sehr grosses» kollektives Gewicht zu. Damit liegt die Bedeutung dieser Vorlagen stark über dem Mittel der letzten vier Jahre. Zum Vergleich: der Verfassungsartikel zur LSVA, der 1994 gutgeheissen wurde, wurde nur von 18 Prozent der Befragten als für die Schweiz wichtig angesehen. Dieser Unterschied liegt wahrscheinlich darin, dass man damals über ein Prinzip entschied und nicht über die konkreten Modalitäten der Umsetzung. Daneben wurde die Bedeutung der Kleinbauerninitiative als kleiner eingeschätzt, liegt aber immer noch im Mittel. Und schliesslich wurden Vorlagen als für die Allgemeinheit bedeutender eingeschätzt als für sich persönlich.

3. Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe

3.1 Ausgangslage

Die am 27. September 1998 gutgeheissene leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) ist nichts anderes als die Konkretisierung des vier Jahre zuvor von Volk und Ständen bereits angenommenen Verfassungsauftrags⁶, der den Bundesrat ermächtigte, eine solche Art Abgabe auszuarbeiten. Die Höhe der neuen Abgabe, die ab 2001 die gegenwärtige pauschale Schwerverkehrsabgabe ersetzen wird⁷, wird zwischen 0,6 und 3 Rappen pro Kilometertonne liegen. Der höchste Tarif darf aber nur bei Zulassung der 40-Töner verlangt werden.

Die LSVA wurde vor allem geschaffen, um über das Verursacherprinzip die Infrastruktur- und die externen Kosten (Unfälle und Umweltschäden) des Schwerverkehrs zu decken. Ferner muss sie zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene und zur Stärkung der Position der SBB auf dem Transportmarkt beitragen. Soweit diese Vorlagen, laut dem Bundesrat, eine Modernisierung der Bahnen bedingen, ist vorgesehen, zwei Drittel der Einkünfte⁸ der neuen Steuer für die Finanzierung der grossen Bauvorhaben der Bahn (NEAT⁹, Bahn 2000¹⁰, Lärmschutzmassnahmen und Anschluss ans europäische TGV-Netz)¹¹ an den Bund abzugeben. Das letzte Drittel geht an die Kantone für den Kampf gegen die schädlichen Folgen des Strassenverkehrs, wobei darauf geachtet wird, dass wenig oder gar nicht von der Bahn erschlossenen Regionen Einkünfte erhalten, die über dem Durchschnitt liegen.

Kaum war die neue Abgabe von den Räten beschlossen, ergriff ein Komitee rund um den Schweizerischen Nutzfahrzeugverband (Astag), der vor allem die wirtschaftlichen Folgen fürchtete, das Referendum dagegen. Das war übrigens der Hauptstreitpunkt zwischen den beiden Lagern. Die Gegner fanden, die LSVA würde die Kosten des Güterverkehrs erhöhen und damit eine jährliche Mehrbelastung von 500 Franken pro Haushalt sowie den Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen nach sich ziehen. Der Bundesrat dagegen rechnete, dass die LSVA eine jährliche Mehrbelastung von 11 bis 55 Franken pro Haushalt und eine minimale Verteuerung für die Wirtschaft bringen würde, weil die Zulassung der 40-Töner ein Produktivitätsgewinn wäre. Zu den vielen anderen Argumenten des Referendumskomitees zählten auch Zweifel an den positiven Auswirkungen der LSVA auf die Verteilung des Güterverkehrs auf Strasse und Schiene, Befürchtungen für Rand- und Berggebiete, ausserdem glaubten sie nicht an die europäische Bedeutung des Urnenganges und kritisierten, dass die vorgesehene Verteilung der Einkünfte verfassungswidrig sei. Die BefürworterInnen ihrerseits betonten namentlich die Bedeutung der LSVA bei einer Aufhebung der 28-Tonnen-Limite durch die

⁶ Am 20. Februar 1994 von 67,1 Prozent der Stimmenden und 24 Kantonen und Halbkantonen angenommen.

⁷ Am 26. Februar 1984 von 58,7 Prozent der Stimmenden und 18 Kantonen und Halbkantonen angenommen. Sie trat 1985 in Kraft, 1999 soll sie verdoppelt und dann von der LSVA ersetzt werden.

⁸ Diese sollten bis zu 1,5 Milliarden Franken jährlich einbringen.

⁹ Am 27. September 1992 von 63,6 Prozent der Stimmenden angenommen.

¹⁰ Am 6. Dezember 1987 von 57 Prozent der Stimmenden angenommen.

¹¹ Volk und Stände werden am 29. November 1998 über den Bundesbeschluss über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs abstimmen. Dabei wird sich der Souverän namentlich zur Frage nach dem Einsatz des Teils der Einkünfte aus der LSVA aussprechen, der dem Bund zukommen soll.

Schweiz¹², was eine Vorbedingung für einen bilateralen Vertrag mit der Europäischen Union ist. Ihrer Ansicht nach würde die LSVA nicht nur zu einer Verkehrserleichterung auf den Strassen und zu einem besseren Umweltschutz führen, sondern gleichzeitig auch das Hauptziel der Alpeninitiative realisieren¹³, was in ihren Augen zugleich die grundlegende Voraussetzung der Transportpolitik als bestimmendes Element der schweizerischen Integrationspolitik ist.

Die Kampagne, die übrigens von seltener Intensität war, kristallisierte ungefähr die gleiche Konfiguration der Kräfte heraus wie seinerseits anlässlich der Abstimmung über den Verfassungsartikel. Von den politischen Parteien empfahlen CVP, FDP und SPS, die Grünen, PdAS, CSP¹⁴, LdU und EVP ein Ja. Zahlreiche Kantonalsektionen der FDP führten allerdings eine Kampagne gegen die Abgabe, wie auch LPS, Freiheitspartei, EDU, KVP und SVP, die sich wie bereits vier Jahre zuvor von der Regierungsvorlage distanzieren. Und die SD schliesslich sprachen sich für Stimmfreigabe aus. Bei den Verbänden waren im befürwortenden Lager namentlich die Gewerkschaften (SGB, CNG) zu finden, ebenso die meisten wirtschaftlichen Verbände, KonsumentInnen- und Naturschutzverbände sowie verschiedene VertreterInnen der Bergegebiete. Im Neinlager waren Astag sowie unter anderen SGV, Arbeitgeberverband, ACS und Redressement National zu finden.

3.2 Das Stimmverhalten

Das Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe war nach langen Beratungen vom Nationalrat (mit 120 gegen 46 Stimmen) und vom Ständerat (22 gegen 14) verabschiedet worden. Auch bei 57,2 Prozent¹⁵ der Stimmenden fand es Zustimmung, die damit übrigens höher ausfiel als erwartet. Welche sozialen, politischen oder kulturellen Gräben verbergen sich in diesem Fall hinter diesem Votum? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir mögliche Verbindungen zwischen den Merkmalen der Stimmenden und ihrem Stimmverhalten aufzeigen.

Die dem Stimmverhalten zugrunde liegenden Konflikte werden vor allem sichtbar, wenn die politischen Merkmale der Befragten untersucht werden (*Tabelle 3.1*). Wie wir allgemein bei Abstimmungen über Regierungsvorlagen feststellen, die dem fakultativen Referendum unterworfen sind, haben diejenigen, welche dem Bundesrat vertrauen, die LSVA überdurchschnittlich oft angenommen, während die Zustimmung bei den Misstrauischen eindeutig unterdurchschnittlich war. Es zeigte sich ferner, dass sich die Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungsparteien im gleichen Mass auf ihre potentiellen Wähler übertragen haben, die sich aber – auch das muss gesagt werden – in unterschiedlichem Mass an die Abstimmungsparolen ihrer

¹² Der Bundesrat hat die Absicht, ab dem Jahr 2005 40-Töner zuzulassen.

¹³ Sie wurde am 20. Februar 1994 von 51,9 Prozent der Stimmenden und 19 Kantonen und Halbkantonen gutgeheissen und bezweckt hauptsächlich die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene bis zum Jahr 2004.

¹⁴ Eine von der CVP unabhängige Partei.

¹⁵ Die Zustimmungsrate der Befragten belief sich auf 61,6 Prozent und weicht demnach leicht von unserem Vertrauensintervall von $\pm 3,1$ Prozent ab. Es ist deshalb angebrachter, in unseren Analysen die Abweichungen vom Mittel der Prozentsätze für ein Ja zu berücksichtigen als die absolute Zahl der Ja-Stimmen. Dieses geläufige Phänomen hängt hauptsächlich mit dem gesellschaftlichen Druck zusammen, wonach man «gut» zu stimmen hat: bestimmte Personen, welche Nein stimmten, wagen nicht, dies zuzugeben, und erklären, sie hätten zugestimmt.

Tabella 3.1: LSVÄ – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% de Ja	(n)	Korrelations-Koeffizient ^a
Total effektiv	57.2		
Total VOX	62	623	
<i>Einstellung gegenüber der Regierung</i>			V = 0.32***
Vertrauen	75	314	
Unentschieden	60	92	
Misstrauen	41	208	
<i>Parteisympathie</i>			V = 0.40*** ^b
Sozialdemokratische Partei	83	93	
Christlichdemokratische Volkspartei	66	47	
Freisinnig-Demokratische Partei	79	67	
Schweizerische Volkspartei	35	(29)	
Ohne Parteisympathien	54	301	
<i>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</i>			V = 0.21*** ^b
Linksaussen	82	45	
Links	75	109	
Mitte	60	243	
Rechts	53	96	
Rechtsaussen	50	50	
Keine Einordnung	51	65	
<i>Mitglied einer Umweltorganisation</i>			V = 0.20***
Aktiv-/Passivmitglied	83	97	
Mitgliedschaft vorstellbar	62	160	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	55	351	
<i>Mitglied beim Verkehrsclub</i>			V = 0.12*
Aktiv-/Passivmitglied	81	(36)	
Mitgliedschaft vorstellbar	68	82	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	58	476	
<i>TCS-Mitglied</i>			V = n.s.
Aktiv-/Passivmitglied	60	27.2	
Mitgliedschaft vorstellbar	55	71	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	65	27.1	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
^b Koeffizient ohne «keine Einordnung» resp. ohne «ohne Parteisympathien» errechnet.
 Die Zahlen in Klammern müssen als Tendenz interpretiert werden, da die Zahl der Fälle von unter 40 keine quantitativen Schlüsse zulässt.
 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

jeweiligen Parteien hielten. So stimmten die SympathisantInnen der CVP der Vorlage in weniger grossem Mass zu als diejenigen der SP und der FDP (und dies, obwohl 9 FDP-Kantonalparteien ein Nein empfohlen hatten), während es der SVP gelang, die Mehrheit ihrer Truppen gegen die LSVA hinter sich zu scharen. Etwas schematischer kann gesagt werden, dass die Zustimmung zur Vorlage desto kleiner wird, je näher wir den Rechtsausserparteien im politischen Spektrum kommen: die Personen, die sich links ansiedeln (einschliesslich linksausser) legten überdurchschnittlich oft ein Ja in die Urne, während das für diejenigen auf der rechten Seite und rechtsausser unterdurchschnittlich oft der Fall war. In diesem Sinne scheint die Stimmabgabe zu den Umsetzungsmodalitäten der LSVA weniger übereinstimmend zu sein als bei der Abstimmung von 1994 über das Prinzip¹⁶, als die Zustimmung nur rechtsausser eindeutig kleiner ausfiel. Und schliesslich können wir feststellen, dass die wenig «politisierten» Bürgerinnen und Bürger, die also keiner Partei nahestehen oder die nicht in der Lage waren, sich auf der ideologischen Links-Rechts-Achse einzuordnen, unterdurchschnittlich oft Ja gestimmt haben.

Während der Referendumskampagne hatte eine ungewöhnlich hohe Zahl von Interessenverbänden eine Abstimmungsparole herausgegeben¹⁷. Im befürwortenden Lager konnten die Umweltschutzparteien und der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) am meisten AnhängerInnen für die LSVA gewinnen (*Tabelle 3.1*). Im gegnerischen Lager hatte die Empfehlung des TCS für Stimmfreigabe kaum Einfluss auf seine Mitglieder, deren Stimmverhalten nicht besonders von demjenigen der Nichtmitglieder abwich: alle lagen im schweizerischen Mittel.

Mehrere Dimensionen lagen der Abstimmung über die LSVA zugrunde. Deshalb ist es nicht uninteressant festzustellen, welchen Einfluss sie im einzelnen hatten. Die Prüfung der Wertvorstellungen der Stimmenden dürfte die Bedeutung der europäischen und der ökologischen Komponente bereits etwas auseinanderhalten (*Tabelle 3.2*), zeigte sich doch, dass die Vorlage bei denjenigen, die einer Öffnung der Schweiz gegenüber der Welt und einer Gleichstellung von Schweizer und ausländischen Staatsangehörigen positiv gegenüber stehen, auf überdurchschnittliche Zustimmung stiess, während die der Tradition Verbundenen oder diejenigen, die ausländischen Staatsangehörigen nicht die gleichen Chancen einräumen möchten wie SchweizerInnen, ihr unterdurchschnittlich oft zustimmten. Dagegen hatte die Wertskala «Umweltschutz/wirtschaftliches Wohlergehen» keinen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung. Und schliesslich zeigte die Wertskala Zentralismus/Föderalismus eine Beziehung zum Stimmverhalten auf: bei den ZentralistInnen stiess die Vorlage auf überdurchschnittliche Zustimmung, bei den FöderalistInnen war diese unterdurchschnittlich.

Tabelle 3.3 zeigt die für das Stimmverhalten entscheidenden sozialen Faktoren auf. Obwohl man nicht wirklich von einem Klassengraben sprechen kann, den wir hier über den Ausbildungsgrad messen, muss doch festgehalten werden, dass sich die Zustimmung zur LSVA aufgrund dieser drei Variablen offensichtlich unterschied. So hiessen Personen mit höherem Einkommen die neue Abgabe überdurchschnittlich oft gut, während bei Personen mit bescheidenem Einkommen die Zustimmung unter dem Durchschnitt lag. Da die Frage der Auswirkung

¹⁶ 1994 stiess der Bundesbeschluss über die Einführung einer leistungs- oder verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe von ganz links bis rechts auf klare Zustimmung, lediglich von rechts aussen wurde sie abgelehnt. Vgl. dazu Hardmeier, Sibylle und Wolf Linder (1994). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 20. Februar 1994. IPW/GfS: Bern.

¹⁷ Nicht weniger als insgesamt rund fünfzig. Quelle <http://www.polittrends.ch/abstimmungsanalysen/verkehr/>.

Tabelle 3.2: LSVA – Stimmverhalten nach bestimmten Wertvorstellungen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Korrelations-Koeffizient ^a
Total effektiv	57.2		
Total VOX	62	623	
<i>Chancengleichheit AusländerInnen</i>			V = 0.24***
Gleiche Chancen	75	170	
Gemischte Einstellung	66	206	
Keine Chancengleichheit zwischen SchweizerInnen und AusländerInnen	48	225	
<i>Aussenorientierung</i>			V = 0.18**
Eine weltoffene Schweiz	69	305	
Gemischte Einstellung	60	210	
Eine Schweiz, die sich verschliesst	44	97	
<i>Umwelt/wirtschaftliches Wohlergehen</i>			V = n.s.
Umwelt wichtiger	67	251	
Gemischte Einstellung	58	298	
Wirtschaftliches Wohlergehen wichtiger	56	54	
<i>Zentralismus-Föderalismus</i>			V = 0.18**
Zentralismus	74	164	
Gemischte Einstellung	62	182	
Föderalismus	52	213	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die Zahlen in Klammern müssen als Tendenz interpretiert werden, da die Zahl der Fälle von unter 40 keine quantitativen Schlüsse zulässt.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

gen der Abgabe auf das Haushaltsportemonnaie in den Diskussionen einen zentralen Platz einnahm, können wir von der Hypothese ausgehen, dass StimmbürgerInnen mit einem kleinen Einkommen eine zusätzliche Belastung stärker fürchteten als die anderen, um so mehr, als sie damit rechnen mussten, dass diese Belastung recht hoch sein würde. Dann stimmten Personen mit höherer Ausbildung (Hochschule oder höhere technische Lehranstalt) der Vorlage eher zu als solche, die ihre Ausbildung nach der obligatorischen Schulzeit oder der Lehre abgeschlossen hatten. Also könnten wir davon ausgehen, dass dieser Unterschied in Wirklichkeit mit dem Einkommen zu erklären ist, das entsprechend dem Ausbildungsstand zunimmt¹⁸. Das ist aber nicht der Fall, denn Personen mit tiefem Ausbildungsstand, aber sehr hohem Monatseinkommen stimmten der Vorlage trotzdem weniger oft zu als solche mit gleicher Einkommenshöhe, die aber eine bessere Ausbildung hatten. Und schliesslich waren auch die Selbständigen und die Angestellten mit oder ohne Ausbildung gegenüber der Vorlage ziemlich negativ eingestellt,

¹⁸ Je höher das Ausbildungsniveau, desto höher das Monatseinkommen. Gamma = 0.41***.

Tabelle 3.3: LSVA – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Korrelations-Koeffizient ^a
Total effektiv	57.2		
Total VOX	62	623	
<i>Monatliches Haushaltseinkommen</i>			$\gamma = 0.16^{**}$
Unter 3000 Franken	55	55	
3000 bis 5000 Franken	53	164	
5000 bis 7000 Franken	64	164	
7000 bis 9000 Franken	67	87	
Über 9000 Franken	77	64	
<i>Berufsbildung</i>			$\gamma = 0.30^{***}$
Obligatorische Schulzeit	52	68	
Berufslehre	56	309	
Maturität/Lehrerseminar	62	47	
Höhere Berufsausbildung	59	73	
Höhere technische Lehranstalt	74	54	
Universität	89	70	
<i>Berufliche Stellung</i>			$V = 0.19^{**}$
Landwirtschaft	32	(19)	
Selbständig (Freie Berufe/Geschäft)	50	52	
Lehrberufe	70	(10)	
Unqualifizierte Arbeitskraft	46	(22)	
Qualifizierte Arbeitskraft	55	135	
Mittlere Kader	72	72	
Höhere Kader	64	(28)	
<i>Fahrzeugbesitz</i>			$\phi = 0.13^*$
Kein eigenes Auto	75	99	
Mindestens ein Auto	59	521	
<i>Alter</i>			$\gamma = 0.23^{***}$
18 bis 29-jährig	54	57	
30 bis 39-jährig	53	141	
40 bis 49-jährig	58	118	
50 bis 59-jährig	60	105	
60 bis 69-jährig	71	115	
70 Jahre und älter	76	87	
<i>Wohnort</i>			$V = 0.12^*$
Grossstadt	66	121	
Kleine und mittlere Agglomeration	67	251	
Ländliche Gemeinde	55	251	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die Zahlen in Klammern müssen als Tendenz interpretiert werden, da die Zahl der Fälle von unter 40 keine quantitativen Schlüsse zulässt.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

ganz im Gegensatz zu den Kadern. In diesem Fall hing das Verhalten der Selbständigen vermutlich mit der negativen Stimmempfehlung des SGV zusammen.

Die Analyse zeigt auch, dass Personen ohne eigenes Auto die Vorlage eher unterstützten als diejenigen mit mindestens einem Wagen. Dieses Resultat erstaunt nicht, da einerseits die AutomobilistInnen kaum erfreut sind über Autobahngebühren oder Schwerverkehrsabgaben¹⁹, und andererseits Personen ohne eigenen Wagen im allgemeinen mehr auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind.

Ferner ging aus der Analyse hervor, dass auch das Alter eine gewisse Rolle spielte, nahm doch die Zustimmung mit fortschreitendem Alter linear zu. Anders ausgedrückt: wie schon bei den vier vorangegangenen Abstimmungen über Strassensteuern²⁰ waren es die über 60-Jährigen, die von der Vorlage des Bundes am meisten überzeugt waren. Dagegen stiess bei den Jüngeren, die zuvor gleich wie die Älteren dem Prinzip der Steuer klar zugestimmt hatten, die jetzige Vorlage unterdurchschnittlich oft auf Zustimmung. Es ist nicht einfach, diese Unterschiede zu interpretieren. Eine Auswirkung des Einkommens können wir zwar von vornherein ausschliessen (sowohl die jüngere wie die ältere Bevölkerungsschicht haben im allgemeinen ein tieferes Einkommen), dagegen können wir eine Verbindung damit ausmachen, ob jemand ein eigenes Auto hat oder nicht: die über 60-Jährigen sind weniger oft motorisiert als die anderen Altersklassen. Und schliesslich ist festzuhalten, dass Männer und Frauen nicht radikal unterschiedlich stimmten.

Geographisch zeigte die VOX-Umfrage, dass die Zustimmungsrate bei BürgerInnen und EinwohnerInnen in den ländlichen Regionen höher war. Das lässt den Schluss zu, dass sich Personen aus städtischen Gebieten, wo die Probleme im Zusammenhang mit zu hohem Verkehrsaufkommen schwerwiegender sind, und wo der öffentliche Verkehr gut ausgebaut ist, vor allem eine Entlastung der Strassen wünschen. Auf dem Land dagegen, wo die Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere mit der Bahn, im allgemeinen weniger gut ist, sorgte man sich vor allem um die kleinen Unternehmen der regionalen Wirtschaft²¹. Im übrigen, aber das wird aus den Tabellen nicht deutlich, war die Zustimmung in der Romandie tiefer als in der Deutschschweiz, doch war der Unterschied zwischen den beiden grossen Sprachregionen nicht so hoch wie bei früheren Abstimmungen zu Strassensteuern. In der nachfolgenden Analyse der Begründung für die Stimmabgabe werden wir trotzdem versuchen, herauszufinden, ob der vergleichbaren Haltung der BewohnerInnen der Romandie und der Deutschschweiz unterschiedliche Motive zugrunde liegen.

¹⁹ Das zeigte sich namentlich 1994 bei den Abstimmungen über den Bundesbeschluss über eine leistungs- oder verbrauchsabhängige Schwerverkehrsabgabe, den Bundesbeschluss über die Schwerverkehrsabgabe und den Bundesbeschluss über die Verlängerung der Erhebung von Autobahngebühren. Vgl. dazu Hardmeier, Sibylle und Wolf Linder (1994). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 20. Februar 1994. IPW/ GfS: Bern.

²⁰ Vgl. Fussnote 16. Das war auch der Fall beim Bundesbeschluss über die Erhebung einer Schwerverkehrsabgabe und den Bundesbeschluss über die Autobahnvignette. Vgl. dazu Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. Februar 1984. IPW/ GfS: Bern.

²¹ Hierzu zeigt die vom Bundesamt für Statistik durchgeführte Analyse der effektiven Gemeinderesultate, dass die Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie im Zusammenhang mit der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, resp. im Zusammenhang zwischen der Anzahl Ja und dem für den Arbeitsweg benutzten Verkehrsmittel steht: je mehr EinwohnerInnen einer Gemeinde die öffentlichen Verkehrsmittel für den Arbeitsweg benutzen, desto ausgeprägter wurde in dieser Gemeinde die LSWA angenommen. Vgl. dazu Pressemitteilung des BFS «Resultate der Gemeinden bei der Volksabstimmung vom 27. September 1998», <http://www.admin.ch/bfs>.

Tabelle 3.4: LSVA – Gründe für ein Ja in Prozent (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäußerte Gründe	Teilnehmende	
<i>Gründe zugunsten eines umweltfreundlichen Verkehrs</i>	56	
Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene		18
Weniger Luftverschmutzung und Lärm		12
Das Wachstum des Schwerverkehrs hemmen		8
Die Alpeninitiative realisieren		2
Die Stellung der SBB auf dem Verkehrsmarkt stärken		1
Das Verursacherprinzip ist eine gute Sache		14
<i>Integrationspolitische Gründe</i>	14	
Die LSVA ist gut für die Beziehungen zur EU		6
Ohne LSVA ist der Abschluss der bilateralen Verhandlungen unmöglich		4
Für einen Beitritt zur EU		1
<i>Finanzpolitische Gründe</i>	11	
NEAT-Finanzierung		4
Finanzierung der Bahn 2000		2
<i>Die LSVA ist für die Wirtschaft/die Haushalte tragbar</i>	2	
<i>Die ausländischen Transporteure müssen auch ihren Teil beitragen</i>	2	
<i>Vertrauen in den Bundesrat</i>	2	
<i>Direkt betroffen</i>	1	
<i>Auf Anraten Dritter (Partei, Verwandte, Freunde usw.)</i>	1	
<i>Gründe allgemeiner Art</i>	9	
<i>Verschiedene Gründe</i>	2	
Total ^a	100%	(n = 649)

^a «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen sind in der Berechnung des Prozentsatzes nicht berücksichtigt.
Das Total weicht wegen Auf- oder Abrundung von 100% ab.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

3.3 Die spontanen Entscheidungsmotive

Kommen wir nun zu den Gründen, die die Stimmenden zu Annahme oder Ablehnung der LSVA bewogen. Dabei stützen wir uns auf die frei und spontan geäußerten Motive der Befragten.

Die LSVA war ein Thema mit zahlreichen mit einander verbundenen Auswirkungen, ging es doch dabei gleichzeitig um Verkehr, Umwelt, Wirtschaft, NEAT und Europa. Und das zeigt sich klar in den Motiven zugunsten der neuen Schwerverkehrsabgabe, welche die zahlreichen im Bundesbüchlein enthaltenen Argumente fast vollumfänglich übernahmen (Tabelle 3.4).

Die am meisten vorgebrachte Motivkategorie wies auf eine ökologische Verkehrspolitik und insbesondere auf die darin festgehaltenen Ziele hin. In diesem Fall gründete sich die Zustimmung auf die Idee der Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene, der

Eindämmung der Zunahme des Schwerverkehrs oder, wenn auch viel weniger oft, der Stärkung der Position der SBB auf dem Transportmarkt oder der verbesserten Chancen zur Umsetzung der Alpeninitiative. Was die Ziele angeht, nahmen auch die ökologischen Motive, also die Verminderung der Luftverschmutzung und der Lärmimmissionen, einen vorrangigen Platz ein. Ausserdem scheint auch das Verursacherprinzip eine grosse Anzahl Stimmender zur Annahme der neuen Steuer bewegen zu haben.

Dagegen waren die Motive im Zusammenhang mit der europäischen Integration der Schweiz, welche bezüglich Bedeutung immerhin an zweiter Stelle stand, eher auf den hinteren Rängen zu finden. Hier muss im Wesentlichen festgehalten werden, dass die BefürworterInnen in diesem Fall die LSVA annahmen, um ein Scheitern der bilateralen Verhandlungen zu verhindern, oder allgemeiner, um die Beziehungen zur EU zu verbessern.

Die Frage der Finanzierung der Bauvorhaben der Bahn wurde an dritter Stelle genannt, gefolgt von fast 9 Prozent wenig präziser Motive wie «das ist eine gute Lösung». Und schliesslich ist festzuhalten, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen für Unterhalt und Ausbau der Strassen- und Bahnnetze dagegen bei den BefürworterInnen der Vorlage überhaupt keine Rolle spielte.

Wenn wir uns nun den Motiven der GegnerInnen der neuen Abgabe zuwenden (*Tabelle 3.5*), so sehen wir, dass die meisten in vier praktisch identische Bedeutungskategorien eingeteilt werden können. Bei der ersten Gruppe geht es um Befürchtungen, dass die Abgabe die Haushaltportemonnaies zusätzlich belasten würde. Doch hat die LSVA fast ebenso unter der Sorge um die Schweizer Wirtschaft im allgemeinen gelitten. In diesem Fall befürchteten die GegnerInnen vor allem den Verlust von Arbeitsplätzen sowie katastrophale wirtschaftliche Folgen für die kleinen Unternehmen und die von der Bahn schwach erschlossenen Regionen. Die dritte Gruppe war fiskalischer Natur. Hier wollten sich die GegnerInnen einer Abgabe widersetzen, die sie als neue Steuer betrachteten, ohne dies weiter zu präzisieren. Auch Neinstimmen, die auf die Verkehrspolitik zurückzuführen sind, sind eher selten. Neben den auf die gesamte Verkehrspolitik gemünzten Vorhaltungen sind in dieser vierten Kategorie die Zweifel über die Auswirkungen der Abgabe auf die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene zu finden, und auch die gegen die SBB geäusserte Kritik gehört in diese Gruppe. Dagegen bezogen sich nur wenige auf die Nichtzulassung der 40-Töner.

Die gefühlsbestimmten Motive, welche von den direkt vom Ausgang der Abstimmung Betroffenen angegeben wurden (im wesentlichen die Angestellten der Gütertransportunternehmen) sowie die Solidaritätsbezeugungen an die Transportunternehmer machten insgesamt 10 Prozent der Angaben aus. Daneben finden wir da 9 Prozent allgemeiner, nicht spezifischer Motive. Begründungen, die sich auf die Eurokompatibilität der LSVA oder auf deren Verfassungswidrigkeit bezogen, fanden sich nur sehr sporadisch.

Zum Schluss kommen wir auf den Sprachgraben zurück, der sich, wie oben angetönt, bei der Abstimmung über die LSVA nicht gezeigt hat. Es gab aber bei den Motiven für ein Ja Unterschiede zwischen den BewohnerInnen der Romandie und der Deutschschweiz. In dieser nahmen 11 Prozent der spontan geäusserten Motive Bezug auf die Beziehungen zur EU, gegenüber 24 Prozent in der französischsprachigen Schweiz. Dagegen lagen die Motive im Bereich Verkehrspolitik, die in beiden Regionen einen entscheidenden Platz einnahmen, in der Deutschschweiz bei 58 Prozent gegenüber 47 Prozent in der Romandie. Die anderen Kategorien der

Tabelle 3.5: LSWA – Gründe für ein Nein in Prozent (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäußerte Gründe	Teilnehmende	
<i>Finanzielle Folgen für die KonsumentInnen</i>	20	
<i>Folgen für die Wirtschaft</i>	17	
Die LSWA gefährdet Arbeitsplätze		5
Die LSWA benachteiligt die kleinen Unternehmen		3
Die LSWA benachteiligt Rand- und Bergregionen		1
<i>Die LSWA ist eine neue Steuer</i>	17	
<i>Verkehrspolitische Gründe</i>	18	
Die LSWA fördert die Verlagerung Strasse-Schiene nicht		5
Die LSWA stoppt das Wachstum des Transitverkehrs nicht		3
Kritik gegenüber der SBB		5
Gegen 40-Tönnner		1
<i>Direkt betroffen</i>	6	
<i>Sympathie/Verständnis für die Transportunternehmen</i>	4	
<i>Misstrauen gegen den Bundesrat</i>	2	
<i>Auf Anraten Dritter (Partei, Verwandte, Freunde usw.)</i>	2	
<i>Verschiedene Gründe</i>	4	
Total ^a	100%	(n = 349)

^a «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen sind in der Berechnung des Prozentsatzes nicht berücksichtigt.
Das Total weicht wegen Auf- oder Abrundung von 100% ab.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

zustimmenden Motive scheinen dagegen im Ausmass auf beiden Seiten der Saane vergleichbar zu sein. Das gilt im übrigen auch für die Gründe für ein Nein. Angesichts dieser Resultate scheint also der Europareflex in der französischsprachigen Schweiz doch eher höher gewesen zu sein, während die Unterstützung der Verkehrspolitik in der Deutschschweiz ausgeprägter schien.

3.4 Der Anklang der Pro- und Kontra-Argumente

Wir haben die Befragten auch gebeten, zu einigen der hauptsächlichsten Pro- und Kontra-Argumente der Diskussion über die LSWA Stellung zu nehmen. Sie konnten sagen, sie seien «einverstanden» oder «nicht einverstanden» mit den ihnen vorgelegten Argumenten, oder sie seien nicht in der Lage, sich dazu zu äussern oder sie konnten sich ganz einfach der Antwort enthalten.

Zuerst versuchten wir auszumachen, in welchem Mass die Argumente BefürworterInnen und GegnerInnen dieser Vorlage überzeugen konnten. Um darauf eine Antwort zu finden, untersuchten wir zunächst die Argumente zugunsten der LSWA (Tabelle 3.6).

Zwei Pro-Argumente stiessen sowohl im befürwortenden wie im gegnerischen Lager auf Zustimmung und hatten deshalb in der Diskussion kaum Gewicht. So waren beide Seiten klar

Tabelle 3.6: LSVA – Beurteilung der Pro- und Kontra-Argumente durch die Stimmenden

Pro-Argumente		Ein- verstanden	Nicht einv.	Weiss Nicht	Keine Antwort
Die Zulassung von 40-Tön- nern ist eine gute Sache für die Schweizer Transporteure.	Stimmende	45	37	17	1
	Ja-Stimmen	47	35	17	1
	Nein-Stimmen	44	40	15	1
Die LSVA ist das einzige Mit- tel um zu verhindern, dass die Schweiz bald unter einer Lastwagenlawine erstickt.	Stimmende	50	39	9	2
	Ja-Stimmen	66	25	9	1
	Nein-Stimmen	28	63	8	1
Die LSVA fördert die Ver- lagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene und trägt so zum Alpenschutz bei.	Stimmende	72	20	6	2
	Ja-Stimmen	92	4	3	1
	Nein-Stimmen	43	46	9	3
Ohne LSVA können die ganzen bilateralen Verhandlungen mit der EU nicht abge- schlossen werden.	Stimmende	53	29	16	2
	Ja-Stimmen	69	16	14	1
	Nein-Stimmen	28	51	20	1
Die LSVA ist für die Finan- zierung der grossen Bau- vorhaben der Bahn wie NEAT unabdingbar.	Stimmende	57	26	14	4
	Ja-Stimmen	74	12	12	3
	Nein-Stimmen	32	51	15	3
Das Verursacherprinzip muss umgesetzt werden: «wer mehr Dreck macht, zahlt mehr.	Stimmende	80	13	5	2
	Ja-Stimmen	91	5	4	1
	Nein-Stimmen	62	28	8	2

Resultate in Prozent pro Zeile.
n Total der Stimmenden = 670.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

damit einverstanden, dass das Verursacherprinzip begründet sei. Im übrigen unterstützte wie bereits bei der Abstimmung über den Verfassungsartikel eine klare Mehrheit der Befragten dieses Prinzip²². Dann stiess auch das Argument, wonach die Zulassung der 40-Töner für die Transportunternehmer eine gute Sache sei, auf die Zustimmung aller, zählte aber trotzdem nicht wirklich. Nur eine knappe Mehrheit beider Lager schien überzeugt, dass eine solche Massnahme Produktivitätsgewinne bringen würde.

²² 1994 ermittelte die VOX-Umfrage, dass 72 Prozent der Befragten das Verursacherprinzip guthiessen. 1998 waren es 78 Prozent.

Tabelle 3.7: LSWA – Beurteilung der Kontra-Argumente durch die Stimmenden

Kontra-Argumente		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss Nicht	Keine Antwort
Die LSWA darf nicht von ihrem vorrangigen Ziel abweichen, nämlich nur die Kosten des Strassenverkehrs zu decken.	Stimmende	56	32	10	2
	Ja-Stimmen	51	38	10	1
	Nein-Stimmen	65	25	8	2
Die LSWA belastet die Rand- und Bergregionen in schwerwiegender Art.	Stimmende	38	50	11	2
	Ja-Stimmen	21	68	10	1
	Nein-Stimmen	65	25	9	1
Es ist ungerecht, einen grossen Teil der Finanzierung der Bauvorhaben der Bahn auf dem Rücken der Transporteure auszutragen.	Stimmende	44	47	8	2
	Ja-Stimmen	23	68	9	1
	Nein-Stimmen	77	16	6	1
Die LSWA zieht eine finanzielle Mehrbelastung der Haushalte um 500.– nach sich.	Stimmende	30	49	20	1
	Ja-Stimmen	13	71	15	1
	Nein-Stimmen	57	20	22	1
Die Europäische Union verlangt die Zulassung von 40-Tönnern. Wir wollen sie aber gar nicht.	Stimmende	51	33	14	2
	Ja-Stimmen	51	36	12	2
	Nein-Stimmen	54	31	14	2
Die LSWA gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen.	Stimmende	25	59	14	2
	Ja-Stimmen	7	82	11	1
	Nein-Stimmen	55	29	15	2
Resultate in Prozent pro Zeile n Total der Stimmenden = 670. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.					

Die anderen Pro-Argumente ergaben in den beiden Lagern diametral entgegengesetzte Stellungnahmen. Das Argument, das am meisten polarisierte, und das ausserdem im befürwortenden Lager am meisten auf Zustimmung stiess, war dasjenige, wonach die neue Abgabe die Verlagerung des Gütertransports von der Strasse auf die Schiene fördere. Nicht weniger als 92 Prozent der BefürworterInnen waren davon überzeugt, gegenüber 43 Prozent bei den GegnerInnen. Die Tatsache, dass eine relative hohe Zahl auch der GegnerInnen diese Ansicht teilten, bestätigt die Analyse der Gründe für ein Nein: die negativen Stimmen sind nicht vor allem durch Zweifel an den Auswirkungen der Abgabe auf die Verlagerung von Strasse auf Schiene begründet²³. In der offiziellen Abstimmungsbroschüre, die alle Haushalte erhielten,

²³ Bei der Analyse der Neinstimmen zeigte sich, dass nur 5 Prozent der Befragten das Argument der GegnerInnen übernahmen, wonach die LSWA die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene nicht fördere.

präsentierte der Bundesrat die LSVA auch als einziges Mittel, um die Zunahme des Schwerkverkehrs einzudämmen, der sich nach seiner Berechnung in 20 Jahren praktisch verdoppelt hat. Er betonte im übrigen die Tatsache, dass die LSVA sowohl für die Finanzierung der grossen Bahnprojekte wie für den Abschluss der bilateralen Verträge mit der Europäischen Union unumgänglich sei. Aber diese drei Argumente haben auch nur die BefürworterInnen überzeugt. Die Polarisierung zwischen den beiden Lagern war allerdings weniger markant als bei der vorhergehenden Aussage.

Auch bei vier Kontra-Argumenten stehen BefürworterInnen und GegnerInnen bei der LSVA Rücken gegen Rücken (Tabelle 3.7). Am stärksten polarisierte die Aussage, wonach es ungerecht ist, einen grossen Teil der Finanzierung der Bauvorhaben der Bahn den Transportunternehmen aufzubürden. Dieses Argument stiess bei den GegnerInnen der Vorlage auf grossen Anklang (77 Prozent Zustimmung), und genauso klar wurde es von den BefürworterInnen abgelehnt (23 Prozent Zustimmung). Ausserdem befürchteten nur die GegnerInnen, dass die LSVA die Rand- und Bergregionen benachteilige, und etwas weniger deutlich, dass sie zu Arbeitsplatzverlust und zu einer jährlichen Mehrbelastung der Haushalte von 500 Franken führe.

Unter den Kontra-Argumenten sind auch Aussagen zu finden, die alle befriedigen. So sind beide Lager der Ansicht, dass die Einkünfte aus der neuen Abgabe nur für die Deckung der Kosten des Strassenverkehrs eingesetzt werden dürfen. Und ebenfalls beide Lager wollen keine Zulassung von 40-Tönnern, wie das die EU verlangt.

Diese Resultate, die sich auf die Gesamtheit der Stimmenden bezogen, verschleiern aber Gefühle, die sich je nach geographischem, kulturellem und sozialem Hintergrund der Befragten unterscheiden. So reagierten zum Beispiel Personen mit bescheidenem Einkommen stärker als solche mit grösserem Einkommen auf das Kontra-Argument, das eine zusätzliche Haushaltsbelastung von 500 Franken voraussagte. Und für LandbewohnerInnen hatte das Gegenargument, wonach die LSVA Randregionen benachteiligt, mehr Gewicht als für StädterInnen. Diese Resultate stärken somit die Hypothesen, welche wir in Kapitel 3.2 über das Abstimmungsprofil aufgestellt haben. Einige unterschiedliche Meinungen zeigten sich auch zwischen der Romandie und der Deutschschweiz: nur in der Westschweiz fanden die Kontra-Argumente betreffend Randregionen und Transportunternehmen Anklang.

Als zweites beschäftigt uns hier die Frage, welches die entscheidendsten Argumente der Kampagne waren, das heisst, den stärksten Einfluss auf das Stimmverhalten hatten. Eine statistische Analyse²⁴, mit welcher der explikative Wert der Argumente und ihr Einfluss auf das Stimmverhalten gemessen werden konnten bestätigt, dass finanzielle und wirtschaftliche Sorgen für die GegnerInnen einerseits und die Unterstützung der Verkehrspolitik für die BefürworterInnen andererseits an vorderster Stelle standen. Unter den Pro-Argumenten stellte sich dasjenige über die Verteilung des Güterverkehrs Strasse-Schiene für die Zustimmenden als entscheidend heraus ($R = 0.28^{***}$). Bei den Gegenargumenten waren es die Gefährdung von Arbeitsplätzen ($R = 0.25^{***}$), die Angst vor einer finanziellen Mehrbelastung der Haushalte um 500 Franken ($R = 0.23^{***}$) und, etwas weniger ausgeprägt, die Unterstützung der Trans-

²⁴ Dafür haben wir zwei Verfahren der logistischen Regression angewandt. Das Modell über die Pro- wie auch dasjenige über die Kontra-Argumente sagten richtig 86 Prozent der Antworten voraus.

Für das Total der Pro-Argumente ist das Pseudo- R^2 0.35.

Für das Total der Kontra-Argumente ist das Pseudo- R 0.40.

portunternehmen ($R = 0.17^{***}$), welche einen entscheidenden Einfluss auf das Stimmverhalten hatten. Dagegen ist ziemlich klar, dass die Pro- und Kontra-Aussagen der beiden Lager die Entscheidung kaum beeinflussten.

Zusammenfassend bekräftigt die Prüfung der Argumente die Analyse der Begründungen, welche das Ja hauptsächlich mit der Unterstützung einer ökologischen Verkehrspolitik erklärte sowie in einem gewissen Mass mit dem Wunsch, die bilateralen Verhandlungen nicht zu gefährden. Dagegen zeigte sich, dass das Ja zur LSVA nicht als Ja zu den 40-Tönnern aufzufassen ist: der Gedanke, die 28-Tonnen-Limite aufzuheben, gefiel nämlich weder dem gegnerischen noch dem befürwortenden Lager, die auch beide die Vorteile einer solchen Aufhebung für die Schweizer Strassentransportunternehmen bezweifelten. Ferner stellten wir fest, dass die Stimmen gegenüber den grossen Bauvorhaben der Bahn eine zweideutige Haltung einnahmen: eine Mehrheit der BefürworterInnen glaubten zwar, dass die LSVA für die Finanzierung dieser Arbeiten unumgänglich sei, doch fand auch eine Mehrheit, dass die Einnahmen der Abgabe nur so eingesetzt werden dürfe, wie es im Verfassungsartikel vorgesehen ist, das heisst für die Deckung der Kosten im Strassenverkehr.

Und schliesslich zeigt die Prüfung der Argumente, dass das Nein sowohl mit den Befürchtungen für das Haushaltportemonnaie und für die Wirtschaft erklärt werden kann (Angst vor Arbeitsplatzverlust und vor Nachteilen für die Randregionen), wie auch mit der Unterstützung der Transportunternehmen sowie mit Kritik an der Verkehrspolitik, welche allerdings nicht allgemein verbreitet war. Es scheint, dass die GegnerInnen zwar glaubten, die LSVA erlaube eine Eindämmung der Zunahme des Schwerverkehrs, dass sie aber geteilter Meinung waren, was die Auswirkungen der Abgabe auf die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene angeht, und dass sie wie die BefürworterInnen der Meinung waren, dass das Verursacherprinzip angewendet werden müsse.

4. Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»

4.1 Die Ausgangslage

Als die Eidgenössischen Räte 1994 die 10. AHV-Revision verabschiedeten, löste dies bei vielen Frauen Unzufriedenheit aus. Um die Kosten der in der Vorlage enthaltenen Verbesserungen aufzufangen²⁵, stimmten die Parlamentsmitglieder der schrittweisen Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 64 Jahre zu²⁶. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund (CNG) beschlossen daraufhin, das Referendum gegen die Vorlage zu ergreifen, das sich einzig gegen die Verfügung über die Rentenerhöhung für Frauen richtete²⁷.

²⁵ Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, individuelle Rente für verheiratete Frauen.

²⁶ Im Jahr 2001 mit 63 Jahren, 2005 mit 64 Jahren.

²⁷ Das Referendum wurde Ende 1994 eingereicht. Die Vorlage wurde am 25. Juni 1995 Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet und wurde von 60,7 Prozent der Stimmmenden gutgeheissen.

Damit man ihnen nicht vorwerfen konnte, sie gefährdeten die in der Revision enthaltenen Verbesserungen, lancierten die beiden Gewerkschaften ausserdem eine Initiative mit dem Titel «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters». Mit dieser sogenannten Auffanginitiative, welche nur wenige Tage vor der Abstimmung über die 10. AHV-Revision eingereicht wurde, sollten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, die 10. AHV-Revision gutzuheissen und sich gleichzeitig zur Frage des Rentenalters für Frauen zu äussern. Ein Ja zur Initiative hätte damit die Beibehaltung der unbestrittenen sozialen Vorzüge der 10. AHV-Revision und gleichzeitig die Aufhebung aller Verfügungen hinsichtlich der Erhöhung des Rentenalters der Frauen bedeutet, welches weiter bei 62 Jahren geblieben wäre. Diese Massnahmen wären allerdings nach Inkrafttreten der 11. AHV-Revision hinfällig geworden.

Um ihrer Initiative Auftrieb zu geben, argumentieren die BefürworterInnen, dass die meisten Leute in der Schweiz ohnehin die Frühpensionierung anstrebten. Sie fügten namentlich bei, dass eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen die Arbeitslosigkeit verstärke und die steigende Zahl von Frühpensionierungen und Kündigungen kurz vor Erreichen des Rentenalters nicht berücksichtige. Sie schätzten ausserdem, dass die Initiative Kosten von höchstens 100 Millionen Franken nach sich ziehen würde, was von den GegnerInnen allerdings bestritten wurde, welche die Initiative (die in der Romandie auch «initiative de dérapage», etwa: «Schleuderinitiative» genannt wurde) vor allem mit dem Argument bekämpften, dass sie die finanzielle Zukunft der AHV bedrohe²⁸. Sie fügten unter anderem bei, dass nur die 11. AHV-Revision, welche ein flexibles Rentenalter vorsieht, die Probleme der AHV lösen könne.

Trotz all dem erreichte die Abstimmungskampagne lange nicht die emotionelle Intensität, welche die Debatten über die 10. AHV-Revision geprägt hatte. Einerseits empfahlen die Regierungsrechte sowie LPS, KVP (Katholische Volkspartei), LDP, SD, EDU, SGV sowie der Vorort die Initiative zur Ablehnung. Unterstützt wurde sie dagegen unter anderem von der SPS²⁹, den Grünen, PdAS, LdU, EVP, CSP³⁰ und dem Schweizerischen Angestelltenverband.

4.2 Das Abstimmungsprofil

Der Nationalrat hatte die Initiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» mit 111 gegen 69 Stimmen abgelehnt, der Ständerat mit 36 gegen 5. Bei der Volksabstimmung war der Initiative ein ähnliches Schicksal beschieden, wurde sie doch von 58,5 Prozent der Stimmenden und 21 Kantonen und Halbkantonen abgelehnt³¹.

Eine der von den Beobachtern aufgeworfenen Fragen war, ob Frauen und Männer, die vom Ausgang der Abstimmung unterschiedlich betroffen waren, auch unterschiedlich auf die Initiative reagierten (Tabelle 4.1). Da zeigte sich, im Gegensatz zur Abstimmung über die 10. AHV-Revi-

²⁸ Die GegnerInnen fanden, dass die zusätzlichen Ausgaben, welche die Beibehaltung des Frauenrentenalters von 62 Jahren nach sich zog, zwar zuerst nicht stark ins Gewicht fallen würden. Aber ab 2006 könnten diese Ausgaben auf 700 Millionen Franken steigen. Vgl. dazu Botschaft zur Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters», BBl, 1997, II, S. 593 ff.

²⁹ Welche die 10. AHV-Revision zur Annahme empfohlen hatte.

³⁰ Eine von der CVP unabhängige Partei.

³¹ Das in der VOX-Umfrage ermittelte Niveau lag bei 59,8 Prozent und lag damit in unserem Vertrauensintervall von $\pm 3,1$ Prozent.

Tabelle 4.1: AHV-Initiative – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Korrelations-Koeffizient ^a
Total effektiv	41.5		
Total VOX	40	595	
<i>Geschlecht</i>			$\phi = 0.11^{**}$
Männer	35	301	
Frauen	46	294	
<i>Geschlecht</i>			
Deutschschweiz: Männer	36	218	$\phi = \text{n.s.}$
Frauen	39	204	
Romandie: Männer	34	71	$\phi = 0.31^{***}$
Frauen	65	82	
<i>Sprachregion</i>			$V = 0.14^{**}$
Deutschschweiz	37	422	
Romandie	50	153	
Tessin	20	(20)	
<i>Berufsbildung</i>			$\gamma = 0.13^*$
Obligatorische Schulzeit	35	69	
Lehrabschluss	48	294	
Maturität/Lehrerseminar	38	42	
Höhere Berufsausbildung	32	68	
Höhere technische Lehranstalt	28	53	
Universität	33	67	
<i>Zivilstand</i>			$V = 0.15^*$
Ledig	36	76	
Verheiratet	40	402	
Konkubinat	57	(28)	
Verwitwet	29	49	
Geschieden	62	(29)	
<i>Berufliche Aktivität</i>			$V = \text{n.s.}$
Berufstätig	42	340	
In Ausbildung	25	(12)	
Hausfrau/-mann	50	86	
Pensioniert	31	140	
Arbeitslos	50	(6)	
<i>Alter</i>			$\gamma = \text{n.s.}$
18 bis 39-jährig	37	183	
40 bis 65-jährig	48	27.5	
66 Jahre und älter	29	137	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die Zahlen in Klammern müssen als Tendenz interpretiert werden, da die Zahl der Fälle von unter 40 keine quantitativen Schlüsse zulässt.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

sion³², dass die Aufteilung der Stimmen auf das Geschlecht eine wesentliche Abweichung aufwies: die Frauen, das Zielpublikum der Vorlage, unterstützten diese stärker als die Männer. Trotzdem waren sie ihr gegenüber offenbar nicht mehrheitlich positiv eingestellt. Dies sieht aber deutlich anders aus, wenn man sich die Zustimmungsraten in den zwei grossen Sprachregionen des Landes ansieht. In der Deutschschweiz lehnten Frauen und Männer die Initiative in vergleichbarem Ausmass ab, in der Romandie lehnten die Männer sie ab, die Frauen nahmen sie ganz klar an.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Polarisierung links-rechts, die während der Kampagne zum Vorschein kam. Es zeigte sich nämlich, dass die Unterstützung der Vorlage schwindet, je mehr man sich den Rechtsaussen-Parteien nähert. Die im politischen Spektrum links Stehenden stimmten der Initiative zu, während sich diejenigen, die sich in der Mitte oder, mehr noch, rechts ansiedeln, vehement dagegen aussprachen (*Tabelle 4.1*). Auch hier kann übrigens die Verbindung nach Sprachregion nuanciert werden: der Links-Rechts-Graben war in der Deutschschweiz weniger ausgeprägt als in der Romandie, wo die Zustimmung links viermal höher ausfiel als rechts.

Aber eindeutig am interessantesten war die Frage, wer nach Geschlecht der Befragten oder nach politischer Ausrichtung den entscheidenden Einfluss auf die Abstimmung hatte. Eine Analyse der logistischen Regression³³, die in den beiden Sprachregionen durchgeführt wurden, zeigte, dass in der Deutschschweiz nur die Einordnung auf der Links-Rechts-Achse ($R = 0.22^{***}$) die Abstimmung entscheidend beeinflusste. In der Romandie war die Links-Rechts-Ausrichtung ($R = 0.23^{**}$) für den Entscheid ausschlaggebender als das Geschlecht ($R = 0.16^*$), ohne aber dessen Einfluss aufzuheben. So wirkten diese beiden individuellen Merkmale beim Einfluss auf die Abstimmung zusammen. In anderen Worten, Frauen und Männer der politischen Linken stimmten der Initiative klar zu, während diejenigen der Rechten sie in grossem Masse ablehnten. Trotzdem aber stimmten die Frauen, ob politisch links, im Zentrum oder rechts, der Initiative mehr zu als die Männer der gleichen politischen Ausrichtung.

Doch sind auch andere Resultate in Bezug auf das Abstimmungsprofil interessant genug, um sich etwas mit ihnen zu befassen (*Tabelle 4.2*). Ein kurzer Blick auf das befürwortende Lager zeigt, dass die rechten Regierungsparteien ihre potentielle Wählerschaft besser dazu brachten, ihrer Abstimmungsparole zu folgen als die SP. So stimmten drei Viertel der SympathisantInnen der SVP, der CVP und der FDP nein, während 59 Prozent der SP-SympathisantInnen die Initiative annahmen. Und schliesslich muss betont werden, wenn auch das Vertrauen in die Regierung im Vergleich hier weniger stark beteiligt war, dass diejenigen, die der Regierung vertrauen, die Vorlage klar ablehnten, während die Misstrauischen gespalten sind. Was die Verbände angeht, welche ein Ja empfohlen hatten, so konnten Gewerkschaften und Angestelltenverbände die Hälfte ihrer Mitglieder von ihrem Standpunkt überzeugen. Dagegen legten diejenigen, welche keine Absicht haben, diesen Organisationen beizutreten, ein Nein in die Urne³⁴.

³² 63 Prozent der Männer nahmen die 10. AHV-Revision an, gegenüber 59 Prozent der Frauen.

³³ In der Deutschschweiz sagte das Modell 66 Prozent der Antworten voraus. Pseudo- $R^2 = 0.07$. Geschlecht: $R = 0.0$ n.s.

In der Romandie sagte das Modell 69 Prozent der Antworten voraus. Pseudo- $R^2 = 0.16$.

³⁴ Was den SGV angeht, welche die Initiative zur Ablehnung empfahl, so ist es uns nicht möglich anzugeben, welche Auswirkungen seine Empfehlung hatte, denn die Zahl seiner Mitglieder, welche für die vorliegende Analyse zur Verfügung stand, lag bei lediglich 26.

Tabelle 4.2: AHV-Initiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen und nach bestimmten Wertvorstellungen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Korrelations-Koeffizient ^a
Total effektiv	41.5		
Total VOX	40	595	
<i>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</i>			V = 0.30*** ^b
Links aussen	71	42	
Links	54	109	
Mitte	37	228	
Rechts	29	92	
Rechts aussen	14	51	
Keine Einordnung	42	60	
<i>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</i>			
Deutschschweiz: Links	61	70	V = 0.26*** ^b
Mitte	37	251	
Rechts	20	66	
Romandie: Links	83	(24)	V = 0.36*** ^b
Mitte	44	72	
Rechts	20	(20)	
<i>Parteisympathie</i>			V = 0.37*** ^b
Sozialdemokratische Partei	59	91	
Christlichdemokratische Volkspartei	23	47	
Freisinnig-Demokratische Partei	27	64	
Schweizerische Volkspartei	25	(28)	
Ohne Parteisympathien	42	284	
<i>Haltung gegenüber der Regierung</i>			V = 0.18***
Vertrauen	33	297	
Unentschieden	41	87	
Misstrauen	49	202	
<i>Gewerkschaftsmitglied</i>			V = 0.10*
Aktiv-/Passivmitglied	51	59	
Mitgliedschaft vorstellbar	49	74	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	38	451	
<i>Mitglied eines Angestelltenverbands</i>			V = 0.11*
Aktiv-/Passivmitglied	54	78	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	37	423	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
^b Koeffizient nach «keine Einordnung» oder «ohne Parteisympathien» errechnet.
Die Zahlen in Klammern müssen als Tendenz interpretiert werden, da die Anzahl Fälle unter 40 liegt und deshalb keine quantitativen Schlüsse zulässt.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

Die Werte, welche die Befragten vertreten, spielten dagegen bei dieser Abstimmung eine untergeordnete Rolle. Hier ist vor allem festzuhalten, dass es keinen wesentlichen Unterschied gab zwischen denjenigen, die aktiv für eine Förderung der Rechte der Frauen eintreten und denjenigen, welche weder Männern noch Frauen eine bevorzugte Behandlung zukommen lassen wollen.

Auch die sozio-demographischen Merkmale der Befragten hatten keinen grossen Einfluss auf den Entscheid (Tabelle 4.1). Geographisch ist festzuhalten, dass die Initiative laut den ersten Kommentaren nach der Abstimmung bei den BewohnerInnen der Romandie auf eine markantere Zustimmung stiess als bei den DeutschschweizerInnen. Das ist allerdings nichts Neues, tritt doch dieser Unterschied bei Fragen der Sozialpolitik regelmässig zutage³⁵. Dagegen wiesen die Stimmenden analoge Zustimmungsraten auf, je nachdem, ob sie in einer grossen, mittleren oder kleinen Stadt oder auf dem Land wohnten.

Daneben hatten nur drei soziale Merkmale einen signifikativen – wenn auch schwachen – Einfluss auf das Stimmverhalten. So fanden wir zunächst eine Verbindung zwischen dem Votum und der Ausbildung, die allerdings einer atypischen Logik folgte. So waren Personen mit Lehrabschluss überdurchschnittlich oft unter denjenigen zu finden, welche die Initiative gut hiessen, während Personen mit einem anderen Ausbildungsniveau – vor allem mit einem Abschluss einer höheren technischen Lehranstalt – unterdurchschnittlich oft Ja stimmten. Zweitens zeigt sich, dass für Witwer und Ledige die Vorlage der Gewerkschaften kaum Gewicht hatte, während Geschiedene oder Konkubinatspaare eher dazu neigten, sie anzunehmen. Im übrigen war kein spürbarer Unterschied gegenüber der Initiative zu finden, was das monatliche Einkommen der Haushalte, den sozialen Status, den Grad des Kirchenbesuchs, das Alter oder die Art der Arbeit der Stimmenden betrifft. Was die letztgenannten Variablen angeht, muss allerdings festgehalten werden, dass Personen im Alter zwischen 40 und 65 wie auch jene, welche sich, statt einer Berufsarbeit nachzugehen, um die Familie kümmern³⁶ ziemlich uneinheitlich schienen, während die über 66-Jährigen oder, was teilweise auf das gleiche herauskommt, die Pensionierten die Initiative energisch ablehnten. Männer und Frauen im gleichen Alter oder mit gleichem Beruf zeigten auch ähnliche Zustimmungsraten.

4.3 Die spontanen Entscheidmotive

Welche Gründe wurden von BefürworterInnen und GegnerInnen der Initiative spontan geäussert, um ihren Entscheid zu erklären?

Allgemein hegten die beiden Lager unterschiedliche Auffassungen über die Anwendung des Prinzips der Gleichstellung der Geschlechter, ebenso über die Sozialversicherungen.

Um ihre Wahl zu begründen, legten die GegnerInnen der Initiative vor allem frauenspezifische Gründe dar (Tabelle 4.3). In dieser Kategorie drückten die Motive zur Hälfte die Tatsache aus,

³⁵ Das war zum Beispiel am 28. September 1997 bei der Abstimmung über den Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung der Fall, am 25. Juni 1995 bei der Abstimmung über die 10. AHV-Revision und am 4. Dezember 1994 bei der Abstimmung über das Bundesgesetz zur Krankenversicherung.

³⁶ In diesem Fall handelt es sich bei 95 Prozent der Fälle um Frauen.

Tabelle 4.3: AHV-Initiative – Gründe für ein Nein in Prozent (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäußerte Gründe	Teilnehmende	
<i>Frauenspezifische Gründe</i>	30	
Die Erhöhung des Frauenrentenalters ermöglicht die Anwendung des Gleichstellungsprinzips		16
Frauen leben länger als Männer		3
Gefühlsmässige Gründe gegen die Frauen		2
Es gibt Frauen, die länger arbeiten wollen als bis 62		1
<i>Die Finanzprobleme der AHV nicht vergrössern</i>	26	
<i>Gründe allgemeiner Art</i>	15	
Das ist eine schlechte Lösung		4
Die Initiative geht zu weit		2
<i>Gründe für die 11. AHV-Revision</i>	12	
Erst muss die 11. AHV-Revision abgewartet werden		6
Für ein flexibles Rentenalter		6
<i>Für eine Erhöhung des Frauenrentenalters</i>	7	
<i>Die Senkung des Frauenrentenalters löst die Probleme mit der Arbeitslosigkeit nicht</i>	2	
<i>Das Volk hat sich zu dieser Frage bereits geäußert</i>	1	
<i>Die Leute leben immer länger</i>	1	
<i>Auf Anraten Dritter (Partei, Verwandte, Freunde usw.)</i>	1	
<i>Irrtümliche Gründe für ein Ja</i>	5	
Total ^a	100%	(n = 505)

^a «Weiss nicht» und Antwortverweigerung sind bei der Berechnung des Prozentsatzes nicht berücksichtigt.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

dass ein höheres Frauenrentenalter die Anwendung des Gleichstellungsprinzips erlaube. Eine nur unwesentlich kleinere Zahl von GegnerInnen drückten ihre Unruhe über die Auswirkungen der Initiative auf die finanzielle Basis der AHV aus, die sie bewahren wollten. Allgemeine Gründe wie «das ist eine schlechte Lösung» oder «die Initiative geht zu weit» kamen an dritter Stelle, eng gefolgt von den taktischen Gründen in Bezug auf die 11. AHV-Revision. In diesem Fall wünschten die GegnerInnen der Initiative eine Beibehaltung des Status quo, bis die nächste Revision in Kraft tritt, oder sie sprachen sich für das flexible Rentenalter aus, welches mit dieser eingeführt werden sollte. Wieder andere, und das waren noch weniger, stimmten Nein, weil sie die Erhöhung des Frauenrentenalters gut fanden, ohne dass sie weitere Erklärungen abgaben. Daneben meldeten nur ganz wenige mit ihrem Nein Zweifel an der Wirksamkeit der Initiative auf die Arbeitslosenrate an. Und schliesslich wurde das Argument des Bundesrates, wonach Volk und Stände diese Frage bereits entschieden hätten, kaum genannt.

Wenn wir nun die Gründe zu verstehen suchen, welche die BefürworterInnen der Initiative bewegten (Tabelle 4.4), sehen wir, dass ein Drittel von ihnen sich gegen die Erhöhung des Frauenrenten-

Tabelle 4.4: AHV-Initiative – Gründe für ein Ja in Prozent (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäußerte Gründe	Teilnehmende	
<i>Gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters</i>	31	
<i>Wirtschaftliche Gründe</i>	29	
Die Arbeitslosigkeit nicht vergrössern		19
Arbeitsplätze freimachen für die Jungen		7
Viele werden schon mit 55 Jahren ausgerangiert		3
<i>Frauenspezifische Gründe</i>	21	
Zuerst muss die Gleichstellung von Mann und Frau erreicht sein		9
Die Frauen arbeiten ohnehin mehr als die Männer (Haushalt usw.)		6
Solidarität mit den Frauen		6
<i>Gründe allgemeiner Art</i>	8	
<i>Finanzielle Gründe</i>	6	
Die Erhöhung des Frauenrentenalters löst die Finanzprobleme der AHV nicht		2
Die Erhöhung des Frauenrentenalters bringt nur eine Verlagerung der Lasten auf andere Sozialversicherungen		1
<i>Misstrauen gegenüber dem Bundesrat</i>	1	
<i>Auf Anraten Dritter (Partei, Verwandte, Freunde usw.)</i>	1	
<i>Irrtümliche Gründe für ein Ja</i>	2	
<i>Verschiedene Gründe</i>	2	
Total ^a	100%	(n = 355)

^a «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen sind bei der Berechnung des Prozentsatzes nicht berücksichtigt. Das Total weicht wegen Auf- oder Abrundung von 100% ab.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

alters aussprachen, ohne dies weiter zu erklären. Fast ebenso oft wurden Gründe wirtschaftlicher Art vorgebracht. In diesem Fall stimmten die BefürworterInnen für die Initiative, um die Arbeitslosenrate allgemein oder insbesondere unter den Jungen nicht zu erhöhen, oder auch wegen den Kündigungen, welche immer mehr Angestellte nur wenige Jahre vor der Pensionierung erhalten. Direkte frauenspezifische Gründe, die entweder als Geste der Solidarität den Frauen gegenüber galten oder den Wunsch ausdrückten, die Erhöhung des Frauenrentenalters erst ins Auge zu fassen, wenn die Gleichstellung der Geschlechter realisiert ist, kamen noch seltener vor. Neben den allgemeinen, nicht näher erklärten Gründen wie «das ist eine gute Lösung» gab es einige Gründe finanzieller Art, welche namentlich die Tatsache betonten, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters die Finanzprobleme der AHV nicht lösen könne oder dass sie die Lasten nur auf andere Sozialversicherungen verschiebe (in diesem Fall Invaliden- und Arbeitslosenversicherung).

Wir sagten weiter oben, dass Männer und Frauen von der Initiative unterschiedlich betroffen waren und dass sie unterschiedlich abstimmten. Gilt das nun auch für ihre Gründe? Eine

Tabelle 4.5: AHV-Initiative – Beurteilung der Kontra-Argumente durch die Stimmenden

Kontra-Argumente		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss Nicht	Keine Antwort
Die Initiative ist eine inakzeptable Belastung für die AHV, die bereits in den roten Zahlen ist.	Stimmende	50	35	12	3
	Ja-Stimmen	24	63	10	3
	Nein-Stimmen	68	18	11	3
Die Initiative behindert die Einführung des flexiblen Rentenalters, das die Lösung für die Zukunft ist.	Stimmende	46	37	14	3
	Ja-Stimmen	34	54	11	1
	Nein-Stimmen	56	28	13	3
Eben gerade wegen der Gleichstellung von Mann und Frau muss das Frauenrentenalter angehoben werden.	Stimmende	54	32	10	4
	Ja-Stimmen	38	50	9	3
	Nein-Stimmen	66	22	9	4
Resultate in Prozent pro Zeile n Total der Stimmenden = 670. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.					

ergänzende Analyse zeigt, dass diesbezüglich die Gründe, die Frauen spontan für ein Nein angaben, mit denen der Männer vergleichbar sind. Dagegen zeigten die Gründe für ein Ja einige geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Befragten auf. So scheint es, dass die Frage der Arbeitslosigkeit vor allem bei den Frauen Gewicht hatte, welche von diesem Problem stärker betroffen sind als die Männer. So waren 32 Prozent der Gründe, welche Frauen für ein Ja erwähnten, wirtschaftlicher Art, während dies bei den Männern nur bei 23 Prozent der Fall war. Die Häufigkeit der frauenspezifischen Gründe war bei beiden Geschlechtern gleich.

4.4 Der Anklang der Pro- und Kontra-Argumente

Schauen wir uns nun an, welchen Anklang einige der in der Kampagne vorgebrachten Argumente aus den beiden Lagern bei den Stimmenden fanden.

Zunächst ist festzustellen, dass die Kontra-Argumente von den GegnerInnen der Initiative logischerweise akzeptiert und von den BefürworterInnen abgelehnt wurden, aber die Polarisierung zwischen den beiden Lagern war nie besonders gross (Tabelle 4.5). In diesem Rahmen war die Aussage der Gefährdung des finanziellen Gleichgewichts der AHV diejenige, welche die GegnerInnen am stärksten überzeugte und von den BefürworterInnen am stärksten abgelehnt wurde. Damit wird übrigens nur eine Kampagne, welche in diesem Punkt entschieden war, in Ziffern ausgedrückt. Im übrigen fand in der Deutschschweiz dieses Argument mehr Anklang (53 Prozent Zustimmung) als in der Romandie (41 Prozent).

Tabelle 4.6: AHV-Initiative Beurteilung der Pro-Argumente durch die Stimmenden

Pro-Argumente		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss Nicht	Keine Antwort
Das Rentenalter der Frauen darf solange nicht erhöht werden, bis diese in allen Bereichen den Männern gleichgestellt sind.	Stimmende	52	38	8	2
	Ja-Stimmen	62	32	5	1
	Nein-Stimmen	47	44	7	2
Die Erhöhung des Rentenalters vergrössert die Probleme der der Arbeitslosigkeit.	Stimmende	51	38	9	2
	Ja-Stimmen	73	21	5	0
	Nein-Stimmen	37	50	10	3
Es hat gar keinen Sinn, das Rentenalter zu erhöhen, wenn viele Unternehmen ihre MitarbeiterInnen ohnehin schon mit 55 Jahren ausrangieren.	Stimmende	62	25	10	3
	Ja-Stimmen	84	11	3	2
	Nein-Stimmen	49	37	12	3
Resultate in Prozent pro Zeile n Total der Stimmenden = 670. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.					

Im Vergleich dazu sind die Meinungen zu den anderen beiden Argumenten weniger polarisiert. Zwar stiess bei zwei Dritteln der GegnerInnen die Aussage auf Zustimmung, wonach die Erhöhung des Frauenrentenalters die Anwendung des Prinzips der Gleichstellung von Mann und Frau sei, doch wies nur eine knappe Mehrheit der BefürworterInnen dieses Argument zurück. Das taktische Argument, wonach die Initiative die Einführung des in der 11. AHV-Revision vorgesehenen flexiblen Rentenalters blockiere, schied die beiden Lager noch weniger und schien deshalb nur eine kleine Rolle gespielt zu haben.

Was die Argumente zugunsten der Initiative angeht (Tabelle 4.6), so waren nur die BefürworterInnen der Meinung, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führe. Hierzu muss festgehalten werden, dass eine Mehrheit der Frauen (58 Prozent Zustimmung) und der WestschweizerInnen (62 Prozent) diese Meinung teilte, während nur knapp die Mehrheit der Männer (46 Prozent) und der DeutschschweizerInnen (47 Prozent) sie ablehnte.

Dagegen wurden zwei andere Pro-Argumente von beiden Lagern gebilligt. Zunächst fand das Argument, wonach zahlreiche Unternehmen ihre Angestellten schon mit 55 Jahren ausrangieren, bei der Mehrheit der GegnerInnen Anklang, wenn es diese auch weit weniger zu überzeugen vermochte als die BefürworterInnen. Unsere Umfrage zeigte ausserdem, dass diese Sorge in der Schweizer Bevölkerung weit verbreitet ist³⁷. Dann fand eine knappe Mehrheit der

³⁷ 65 Prozent der Befragten stimmten diesem Argument zu.

Befragten, die nein gestimmt hatten, gleich wie die BefürworterInnen, dass das Rentenalter der Frauen erst erhöht werden sollte, wenn sie in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Männer. Also ist die Auffassung der Gleichstellung, wie wir bei der Analyse der spontanen Beweggründe gesehen haben, bei den BefürworterInnen der Initiative klar: zuerst muss das Prinzip der Gleichstellung zwischen Mann und Frau verwirklicht sein, bevor das Frauenrentenalter angehoben wird. Die Auffassung der GegnerInnen neigte sich eher zur Tatsache hin, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters ein Schritt zu mehr Gleichstellung ist, wenn das auch weniger klar zum Ausdruck kam.

Wenn wir wissen wollen, welche Argumente entscheidend waren dafür, ob jemand ein Ja oder ein Nein in die Urne legte³⁸, sehen wir, dass bei den Kontra-Argumenten dasjenige der Finanzen bei weitem das entscheidendste war ($R = 0.32^{***}$). Dieses Argument hatte im übrigen die beiden vorherigen Initiativen³⁹ für eine Senkung des Rentenalters zum Scheitern gebracht. Das Kontra-Argument in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter spielt dagegen nur eine untergeordnete Rolle ($R = 0.16^{***}$). Auf der Ja-Seite waren es die Argumente der Arbeitslosigkeit ($R = 0.17^{***}$) und der Kündigungen der bald 55-Jährigen ($R = 0.17^{***}$), die sich am wichtigsten erwiesen für das Abstimmungsverhalten, obwohl man nicht wirklich sagen kann, dass sie für die Entscheidung bestimmend waren.

5. Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe»

5.1 Die Ausgangslage

Seit Mitte der 80er-Jahre erlebte die Landwirtschaft einen tiefgreifenden Wandel in Richtung Marktwirtschaft und Umweltschutz. Diese Tendenz hat sich in den verschiedenen Abstimmungen der letzter Zeit weitgehend bestätigt⁴⁰. Nach Meinung der Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern (VKMB) von Ruedi Baumann gingen die Reformen aber nicht weit genug, so dass dieser im Juni 1993⁴¹ seine Initiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe» lancierte.

³⁸ Dafür haben wir ein Verfahren der logistischen Regression angewandt. Die beiden Modelle sagten richtig 70 Prozent Ja-Stimmen und 76 Prozent Nein-Stimmen voraus.

Für alle Pro-Argumente zusammen ist das Pseudo- R^2 0.16.

Für alle Kontra-Argumente zusammen ist das Pseudo- R^2 0.24.

³⁹ Am 26. Februar 1978 wurde die Volksinitiative «für eine Herabsetzung des AHV-Alters» von 79,4 Prozent der Stimmenden und 25 Kantonen und Halbkantonen abgelehnt. Vgl. dazu Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 26. Februar 1978. FSP/GfS: Bern. Am 12. Juni 1988 wurde die Volksinitiative «für eine Herabsetzung des AHV-Alters auf 62 Jahre für Männer und auf 60 Jahre für Frauen» von 64,9 Prozent der Stimmenden und 24 Kantonen und Halbkantonen abgelehnt. Vgl. dazu Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. Juni 1988. DSP: Genf/GfS: Bern.

⁴⁰ Am 12. März 1995 lehnte das Schweizer Volk den Verfassungsartikel zur Landwirtschaft und die Revision des Landwirtschaftsgesetzes ab. Am 9. Juni 1996 nahm das Volk die neue Fassung des Verfassungsartikels zur Landwirtschaft an. In diesen drei Fällen ist das Resultat mit dem Willen einer Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer zu erklären, die Landwirtschaft in Richtung Umweltfreundlichkeit zu reformieren.

⁴¹ Im gleichen Jahr lancierte der VKMB auch ein Referendum gegen die Revision des Landwirtschaftsgesetzes.

Tabelle 5.1: Kleinbauerninitiative – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen und bestimmten Wertvorstellungen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Korrelations-Koeffizient ^a
Total effektiv	23.0		
Total VOX	21	549	
<i>Parteisympathie</i>			$V = 0.33^{***b}$
Sozialdemokratische Partei	27	83	
Christlichdemokratische Volkspartei	9	44	
Freisinnig-Demokratische Partei	11	62	
Schweizerische Volkspartei	15	(26)	
Ohne Parteisympathien	22	259	
<i>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</i>			$V = 0.28^{***b}$
Linksaussen	53	(38)	
Links	26	95	
Mitte	14	213	
Rechts	17	85	
Rechtsaussen	10	48	
Keine Einordnung	32	59	
<i>Interesse an der Politik</i>			$\gamma = 0.24^{**}$
Sehr interessiert	29	155	
Ziemlich interessiert	18	282	
Wenig interessiert	14	99	
Überhaupt nicht interessiert	44	(9)	
<i>Mitglied einer Umweltorganisation</i>			$V = 0.17^{**}$
Aktiv-/Passivmitglied	37	87	
Mitgliedschaft vorstellbar	17	136	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	19	312	
<i>Mitglied einer KonsumentInnen-Organisation</i>			$V = 0.14^{**}$
Aktiv-/Passivmitglied	39	46	
Mitgliedschaft vorstellbar	19	140	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	20	348	
<i>SBV-Mitglied</i>			$V = n.s.$
Aktiv-/Passivmitglied	12	(33)	
Mitgliedschaft vorstellbar	17	41	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	22	467	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.

^b Koeffizient nach «keine Einordnung» oder «ohne Parteisympathien» errechnet.

Die Zahlen in Klammern müssen als Tendenz interpretiert werden, da die Zahl der Fälle von unter 40 keine quantitativen Schlüsse zulässt.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

Tabelle 5.2: Kleinbauerninitiative – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Korrelations-Koeffizient ^a
Total effektiv	23.0		
Total VOX	21	549	
<i>Berufsbildung</i>			$\gamma = \text{n.s.}$
Obligatorische Schulpflicht	13	63	
Lehrabschluss	22	27.0	
Matur/Lehrerseminar	18	40	
Höhere Berufsausbildung	22	63	
Höhere technische Lehranstalt	24	51	
Universität	25	60	
<i>Fahrzeugbesitz</i>			$\phi = 0.18^{**}$
Kein eigenes Auto	36	81	
Mindestens ein Auto	18	465	
<i>Alter</i>			$\gamma = \text{n.s.}$
18 bis 29-jährig	16	49	
30 bis 39-jährig	19	126	
40 bis 49-jährig	17	96	
50 bis 59-jährig	26	98	
60 bis 69-jährig	25	102	
70 Jahre und älter	21	78	
<i>Geschlecht</i>			$\phi = \text{n.s.}$
Männer	18	285	
Frauen	24	264	
<i>Wohnort</i>			$V = \text{n.s.}$
Grossstadt	25	103	
Kleine oder mittlere Agglomeration	20	214	
Landgemeinde	19	232	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die Zahlen in Klammern müssen als Tendenz interpretiert werden, da die Zahl der Fälle von unter 40 keine quantitativen Schlüsse zulässt.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.

Im Juni 1994 wurde die sogenannte Kleinbauerninitiative mit 111 306 gültigen Unterschriften eingereicht⁴². Sie forderte mehr Ökologie, mehr Markt und eine andere Einkommenspolitik in der Landwirtschaft. Ein Ja hätte zu einer radikalen Vereinfachung der Landwirtschafts-gesetzgebung geführt. Konkret ging es darum, dass die Einkommen der Bauern über Direktzahlungen gedeckt werden sollten, welche nur denjenigen zugute kommen sollten, welche umweltfreundliche und tiergerechte Methoden anwandten. Diese Direktzahlungen sollten mindestens 3000 Franken pro Hektare, höchstens jedoch 50000 Franken pro Betrieb und Jahr

⁴² Es war die 200. Initiative, die seit Einführung dieses Instruments auf Bundesebene im Jahr 1891 eingereicht wurde.

betragen. Und schliesslich sollten die Protektionsmassnahmen gegen ausländische Produkte auf Zölle beschränkt werden.

Wie schon bei der vorhergehenden Initiative des VKMB⁴³ half der Grossverteiler Denner bei der Unterschriftensammlung. Einige Wochen vor der Abstimmung ging der VKMB allerdings auf Distanz zu diesem Verbündeten, dessen Propaganda er als unglaubwürdig empfand. Je näher der Abstimmungstermin rückte, desto stärker isolierte sich der VKMB. Die Umweltschutzorganisationen und Bio Suisse, die der Initiative immerhin am nächsten standen, empfahlen ein Nein, wie unter anderem auch Konsumentenvereinigungen, Arbeitgeberverband, Vorort, und SGV. Auch der SBV schloss sich dem gegnerischen Lager an, so dass die Landwirtschaft selber in dieser Frage gespalten war. Was die politischen Parteien angeht, so wurde die Initiative nur von den Grünen und den Schweizer Demokraten unterstützt. Die anderen hatten alle die Nein-Parole herausgegeben, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, der Stimmfreigabe beschlossen hatten.

5.2 Das Abstimmungsprofil

Am 27. September 1998 wurde die Kleinbauerninitiative von 77 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen und Halbkantonen abgelehnt⁴⁴.

Die Prüfung der individuellen Merkmale, die das Stimmverhalten erklären können zeigt, dass diese Initiative bei keiner Bevölkerungskategorie auf Zustimmung stiess, was allerdings nicht ausschliesst, dass in der Intensität der Ablehnung ein paar signifikative Abweichungen zu finden sind.

Was die politische Zugehörigkeit angeht (*Tabelle 5.1*), so folgten die SympathisantInnen von SVP, CVP und FDP der negativen Stimmempfehlung ihrer Parteien in grossem Mass, während bei den SympathisantInnen der SP, welche im übrigen mehrheitlich zum gegnerischen Lager stiessen, die Ablehnung der Initiative unterdurchschnittlich stark ausfiel. Ganz allgemein können wir sagen, dass die Opposition bei Personen des rechten politischen Flügels (inkl. rechtsaussen) und im Zentrum sehr gross war, sich gegen links dann verringerte, und dies noch stärker linksaussen, wo offenbar das Ja vorherrschte. Ausserdem war festzustellen, dass die Mitglieder der Umwelt- und Konsumentenorganisationen, welche ein Nein empfahlen hatten, die Initiative weniger stark ablehnten als die Nichtmitglieder. Die AnhängerInnen des SBV ihrerseits schienen der Empfehlung ihrer Organisation gefolgt zu sein. Und schliesslich zeigte sich, dass der Grad des Vertrauens in den Bundesrat keine Rolle für den Entscheid gespielt hatte, dass aber die Zustimmungsrate mit dem politischen Interesse zunahm.

Wie aus *Tabelle 5.2* zu entnehmen ist, zeigt diese Abstimmung ein noch homogeneres Gesicht, wenn wir die sozio-demographischen Merkmale der Befragten näher betrachten. So war das Abstimmungsverhalten, um nur einige Beispiele zu nennen, weder durch Geschlecht, noch durch Alter, Ausbildungsniveau, Berufsstand, Wohnort oder Sprachregion zu erklären. Einzig, ob die Befragten ein Auto besitzen oder nicht, spielte eine gewisse Rolle. Personen ohne eigenes Auto sprachen sich zweimal mehr für die Initiative aus als solche mit mindestens einem Wagen.

⁴³ 1989 lehnten 51 Prozent der Stimmenden und 17 Stände die Initiative «zum Schutz der Landwirtschaft und gegen Tierfabriken» (eine Initiative zugunsten der Kleinbauern) ab.

⁴⁴ Das bei der VOX-Umfrage ermittelte Ablehnungsniveau lag bei 79,2 Prozent und damit in unserem Vertrauensintervall von $\pm 3,1$ Prozent.

Tabelle 5.3: Kleinbauerninitiative – Gründe für ein Ja oder ein Nein in Prozent (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäußerte Gründe	Teilnehmende
<i>Gründe für ein Nein</i>	
Unterstützung für die Bauern	30
Gründe allgemeiner Art	20
Die Initiative schafft inakzeptable Privilegien	9
Die Landwirtschaftspolitik des Bundes wird bevorzugt	8
Negative Gefühle gegenüber Denner	7
Auf Anraten Dritter (Parteien, Verwandte, Freunde usw.)	5
Vertrauen in den Bundesrat	4
Misstrauen gegenüber ausländischen Nahrungsmitteln	3
Für staatliche Interventionen im Landwirtschaftsmarkt	2
Negative Gefühle gegenüber den Bauern	2
Um den Verlust zahlreicher Stellen zu verhindern	1
Irrtümliche Gründe für ein Ja	3
Verschiedene Gründe	7
Total ^a	100% (n = 593)
<i>Gründe für ein Ja</i>	
Unterstützung der kleinen Bauern	34
Für umweltfreundliche und tiergerechte Produktion	17
Gründe allgemeiner Art	15
Gegen staatliche Interventionen im Landwirtschaftsmarkt	10
Für eine radikalere Landwirtschaftsreform als diejenige des Bundesrates	8
Billige Nahrungsmittel	3
Auf Anraten Dritter (Parteien, Verwandte, Freunde usw.)	3
Misstrauen gegenüber der Regierung	1
Irrtümliche Gründe für ein Nein	1
Verschiedene Gründe	9
Total ^a	100% (n = 150)
^a «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen sind bei der Berechnung des Prozentsatzes nicht berücksichtigt. Das Total weicht wegen Auf- oder Abrundung von 100% ab. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.	

5.3 Die spontanen Entscheidungsmotive

Aus welchen Gründen haben die Stimmenden die Initiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe» angenommen oder abgelehnt?

Der wichtigste Punkt war hier, dass BefürworterInnen und GegnerInnen der Initiative die Bauern ins Zentrum ihrer Überlegungen stellten, die Bauern selbst dies aber nicht taten.

Tabelle 5.4: Kleinbauerninitiative- Beurteilung der Kontra-Argumente durch die Stimmenden

Kontra-Argumente		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss Nicht	Keine Antwort
Die Initiative wird dazu führen, dass wir vor allem ausländi- sche Nahrungsmittel konsu- mieren, die teilweise nach Methoden produziert werden, die in der Schweiz verboten sind.	Stimmende	45	35	18	3
	Ja-Stimmen	21	64	14	1
	Nein-Stimmen	54	30	14	2
Die Initiative stösst offene Türen auf, denn ihre Haupt- ziele sind bereits mit dem neuen Landwirtschafts- gesetz des Bundes erreicht.	Stimmende	55	13	28	4
	Ja-Stimmen	40	33	25	2
	Nein-Stimmen	63	9	25	3
Die Initiative zieht den Ab- bau zahlreicher Arbeits- plätze in der Landwirt- schaft und der Nahrungs- mittelindustrie nach sich.	Stimmende	35	40	21	3
	Ja-Stimmen	20	61	18	2
	Nein-Stimmen	41	38	19	2
Resultate in Prozent pro Zeile n total der Stimmenden = 670. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.					

Der erste Teil von *Tabelle 5.3* zählt das breite Spektrum der Gründe für ein Nein auf und zeigt zuerst die zahlreichen Kundgebungen zugunsten der Bauern auf, welche massiv gegen die Initiative geworben hatten. Im Vergleich dazu tauchten nur sporadisch negative Gefühle diesen gegenüber auf. Ausser den Gründen allgemeiner Art, welche hier nicht weniger als einen Fünftel ausmachen, sind die anderen von den GegnerInnen vorgebrachten Begründungen von kleinerer Bedeutung. So übernahmen nur einige GegnerInnen die Argumente des Bundesrats und sprachen sich gegen die von der Initiative vorgesehenen Vorteile auf oder betonten, dass sie die offizielle Landwirtschaftspolitik bevorzugten. Im übrigen schien die Tatsache, dass die Initiative von Denner unterstützt wurde, zu deren Nachteil gewesen zu sein. Und schliesslich wurden die Abstützung auf Meinungen Dritter, das Vertrauen in den Bundesrat, das Misstrauen gegenüber Nahrungsmitteln aus dem Ausland, der Wunsch, dass der Staat den Landwirtschaftsmarkt weiter beeinflussen konnte und Befürchtungen um Arbeitsplatzverlust nur in ganz wenigen Fällen geäussert.

Unter den Gründen für ein Ja (*Tabelle 5.3*) wurde Solidarität zu den Kleinbauern genannt. Der Titel der Initiative spielte dagegen nur teilweise eine Rolle, denn nur die Argumente des Umwelt- und Tierschutzes wurden vermehrt als Grund für ein Ja genannt. Die Preissenkung für Nahrungsmittel wurde von den BefürworterInnen kaum je vorgebracht. Neben den Gründen allgemeiner Art, die auch hier ziemlich zahlreich waren, ist der Wunsch festzuhalten, der Intervention des Staates im landwirtschaftlichen Markt einen Riegel zu schieben, oder auch der

Tabelle 5.5: Kleinbauerninitiative – Beurteilung der Pro-Argumente durch die Stimmenden

Pro-Argumente		Einver- standen	Nicht einv.	Weiss Nicht	Keine Antwort
Dank der Initiative werden KonsumentInnen von tieferen Nahrungsmittelpreisen profitieren.	Stimmende	22	52	23	3
	Ja-Stimmen	35	45	20	0
	Nein-Stimmen	20	58	19	3
Die Direktzahlungen müssen so verteilt werden, dass sie den kleinen Bauern zugute kommen und nicht den grossen Landwirtschaftsbetrieben.	Stimmende	72	12	13	3
	Ja-Stimmen	87	9	4	1
	Nein-Stimmen	71	14	13	3
Jede Art staatlicher Intervention auf dem Markt mit landwirtschaftlichen Produkten muss abgeschafft werden.	Stimmende	34	44	19	3
	Ja-Stimmen	43	40	16	1
	Nein-Stimmen	34	47	17	3
Resultate in Prozent pro Zeile n total der Stimmenden = 670. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 27. September 1998.					

Wunsch nach einer radikaleren Landwirtschaftsreform als jene der Bundesbehörden. Die Meinung Dritter und das Misstrauen gegen die Regierung wurden nur sehr sporadisch genannt.

5.4 Der Anklang der Pro- und Kontra-Argumente

Wenden wir uns nun dem Anklang zu, den die während der Kampagne vorgebrachten Pro- und Kontra-Argumente bei den Befragten hatten.

Zum ersten wurden zwei Kontra-Argumente von den beiden Lagern diametral entgegengesetzt aufgefasst (Tabelle 5.4). Nur die GegnerInnen waren der Meinung, dass die Initiative sie irgendeines Tages dazu zwingen würde, ausländische Nahrungsmittel zu verzehren, welche nach Methoden hergestellt sind, die in der Schweiz verboten sind. Auch befürchteten nur die GegnerInnen den Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen sowohl in der Landwirtschaft wie in der Nahrungsmittelindustrie. Dagegen waren sich beide Seiten einig darin, dass die Anliegen der Initiative durch das neue Landwirtschaftsgesetz bereits erfüllt seien.

Was die Pro-Argumente angeht, so zeigten sie zuallererst, dass das Nein zur Initiative nicht gegen die Kleinbauern gerichtet war, ganz im Gegenteil (Tabelle 5.5). Eine klare Mehrheit der beiden Lager war nämlich der Meinung, dass die Direktzahlungen vermehrt den kleinen und mittleren Bauern zugute kommen sollten und nicht den landwirtschaftlichen Grossbetrieben. Dieses Argument macht deutlich, dass die Meinungen über die nötigen Mittel zur Förderung der Kleinbauern eher auseinandergehen.

Ausserdem erwarteten weder BefürworterInnen noch GegnerInnen, dass eine Annahme der Initiative die Nahrungsmittel verbilligen würde. Dieses vor allem von der Ladenkette Denner vorgebrachte Argument hatte demnach keinen Erfolg. Und schliesslich schien nur das Pro-Argument, wonach jegliche Intervention des Staats auf den Landwirtschaftsmarkt gebremst werden sollte, in den Diskussionen Gewicht gehabt zu haben, war es doch nur für die BefürworterInnen von Bedeutung. Das Ausmass der Polarisierung war bei dieser Frage allerdings kleiner, vor allem wegen der zumindest geteilten Meinungen zu diesem Thema.

Wir waren im übrigen erstaunt über die beträchtliche Zahl von Stimmenden, welche die in unserer Umfrage vorgelegten Pro- und Kontra-Argumente nicht beurteilen konnten. Trotzdem hatte die Kampagne einen klaren Effekt. Eine statistische Analyse⁴⁵ zur Messung der jeweiligen Bedeutung der Argumente und deren Einfluss auf den Stimmenscheid zeigt, dass die Stimmenden der Initiative gegenüber skeptisch waren. Deren massive Ablehnung ist der Tatsache zuzuschreiben, dass es nicht die Argumente für die Initiative waren, die überzeugten, sondern diejenigen dagegen. Die Aussagen gegen ausländische Produkte ($R = 0.21^{***}$) und gegen das neue Landwirtschaftsgesetz ($R = 0.22^{***}$) hatten sehr wohl einen Einfluss auf das Abstimmungsresultat, während kein Pro-Argument den Stimmenscheid wesentlich zu beeinflussen vermochte.

6. Methodischer Steckbrief

Der vorliegende Bericht beruht auf einer telephonischen Umfrage, die zwischen dem 28. September und dem 9. Oktober 1998 vom GfS-Forschungsinstitut durchgeführt wurde. Die Stichprobe musste also auf einer an die Telephonumfrage angepassten Grundlage erfolgen, das heisst bei den Schweizer Stimmberechtigten mit Telephonanschluss. Das Institut befragte Personen, die in den verschiedenen Sprachregionen nach der «Geburtstagsmethode» ausgewählt wurden (in jedem Haushalt wurde die Person befragt, deren Geburtstag am nächsten beim Jahresbeginn liegt). Durch dieses Vorgehen war die Bevölkerung erneut nach Geschlecht, Altersklasse, Beruf, Sprachregion, Art der Wohnung und der Bevölkerung in den 26 Kantonen proportional vertreten. Nach Durchführung der üblichen Tests konnten 1014 Befragungen als brauchbar gelten. Das heisst in genauen Zahlen, dass 706 Befragungen aus der Deutschschweiz, 257 aus der Westschweiz und 51 aus dem Tessin stammen. Die Befragungen dauerten durchschnittlich 39 Minuten.

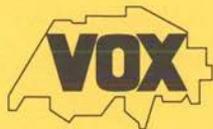
Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer Zufallsauswahl ein Vertrauensintervall von $\pm 3,1$ Prozent. Das heisst, ein Tabellenwert von 50 Prozent liegt für die Gesamtstichprobe mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 46,9 und 53,1 Prozent.

Für die Erstellung des vorliegenden Berichts war das Institut für Politikwissenschaften der Universität Bern verantwortlich. Die Analysen wurden mit Hilfe der Windows-Version des

⁴⁵ Dazu wandten wir zwei Verfahren der logistischen Regression an. Das Modell für die Pro-Argumente sagte 78 Prozent der Antworten richtig voraus und dasjenige für die Kontra-Argumente 82 Prozent.

Statistikprogramms SPSS durchgeführt. Die Interpretation bivariater Zusammenhänge stützt sich auf das Signifikanzniveau und auf den Koeffizienten von Cramer's V (V) oder Phi-Koeffizient (ϕ) (wenn die explikative Variable nominal ist) und von Gamma ab (γ) (wenn die explikative Variable ordinal ist), welche die Stärke der Beziehung zwischen zwei Variablen messen. Im Fall von Cramer's V oder von Phi bedeutet der Wert 1 vollständige, der Wert 0 gar keine Übereinstimmung. Werte unter 0.15 deuten auf einen sehr schwachen Zusammenhang hin. Im Fall von Gamma bedeutet ± 1 vollständige, der Wert 0 keine Übereinstimmung. Werte zwischen $- 0.15$ und $+ 0.15$ deuten auf eine sehr schwache Übereinstimmung hin. Das Signifikanzniveau gibt die Irrtumswahrscheinlichkeit an, mit der ein Zusammenhang in der Grundgesamtheit (Schweizer Stimmberechtigte oder Stimmende) angenommen werden kann. Die Koeffizienten werden in den Tabellen nur angegeben, wenn die Irrtumswahrscheinlichkeit sich auf höchstens 0.05 beläuft⁴⁶. In diesem Fall besteht der Zusammenhang mit einer Sicherheit von 95 Prozent. Ist das Irrtumsrisiko jedoch höher als 0.05, bedeutet der Vermerk «n.s.», dass der Koeffizient nicht signifikant ist. Die Interpretation stützt sich nur auf die signifikanten Zusammenhänge ab. Das Verfahren der logistischen Regression erlaubt, gleichzeitig den Einfluss verschiedener unabhängiger Variablen auf eine dichotomische abhängige Variable zu messen, um deren jeweiligen Einfluss festzustellen. Mit den partiellen standardisierten Korrelationskoeffizienten (R) kann das Gewicht jeder unabhängigen Variablen bei der Erklärung der abhängigen Variablen bestimmt werden. Sie variieren zwischen $- 1$ und 1 und können miteinander verglichen werden. Die Gültigkeit des umfassenden Modells wurde mit dem Pseudo- R^2 gemessen und mit dem Prozentsatz vorausgesagter Antworten pro Modell.

⁴⁶ Signifikationsniveau: ***: $p < 0.001$
** : $p < 0.01$
* : $p < 0.05$
n.s.: $p > 0.05$



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Hauptresultate der eidgenössischen Abstimmung vom 27. September 1998

Marina Delgrande, Wolf Linder

Bundesgesetz über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe

Das Bundesgesetz über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe wurde nach langen Beratungen vom Nationalrat (mit 120 gegen 46 Stimmen) und vom Ständerat (mit 22 gegen 14 Stimmen) verabschiedet. Auch von 57,2 Prozent der Stimmenden wurde es gutgeheissen, womit der Anteil der Zustimmung übrigens höher lag als erwartet.

Die Befragten massen dieser Vorlage ein besonders grosses Gewicht bei: 53 Prozent von ihnen fanden, der LSWA komme eine «sehr grosse» Bedeutung für das Land zu. Damit war die Zahl der Befragten, welche die LSWA als sehr wichtig einschätzten, spürbar höher (29 Prozent) als der Durchschnitt der letzten vier Jahre.

Die von den BefürworterInnen der LSWA spontan geäusserten Gründe wiesen hauptsächlich auf die Unterstützung einer ökologischen Verkehrspolitik hin. Im Vergleich dazu traten die Gründe, die mit der Integrationspolitik der Schweiz zu tun hatten, und die immerhin an zweiter Stelle kamen, in den Hintergrund. Das gleiche gilt für die Frage der Finanzierung der Bauvorhaben der Bahn. Die Gründe der GegnerInnen lagen zu gleichen Teilen bei den Befürchtungen für die Schweizer Wirtschaft (Arbeitsplatzverlust, Nachteile für die kleinen Unternehmen und die Randregionen), der Ablehnung einer neuen Steuer sowie der Kritik und den Zweifeln an der Verkehrspolitik des Bundes. Diese Resultate werden im übrigen von der Prüfung der Argumente bestätigt, welche ausserdem zeigt, dass das Ja zur LSWA nicht als Ja zu den 40-Tönnern gewertet werden darf.

Die dem Stimmverhalten zugrunde liegenden Konflikte werden vor allem sichtbar, wenn wir die politischen Merkmale der Befragten näher anschauen. Diese ergaben, dass sich die unterschiedlichen Ansichten zwischen den Regierungsparteien in gleichem Mass auf ihre potentiellen Wähler und Wählerinnen übertragen haben. So legten die SympathisantInnen der CVP und, in noch grösserem Mass, diejenigen der FDP und der SP ein Ja in die Urne. Der SVP ihrerseits gelang es, eine Mehrheit ihrer Truppen gegen die LSWA zu mobilisieren. Im übrigen befürworteten die Mitglieder der Umweltschutzorganisationen und des VCS die Vorlage. Dagegen hatte die Empfehlung des TCS kaum Einfluss auf dessen Mitglieder, deren Stimmverhalten sich nicht besonders von demjenigen der Nichtmitglieder unterschied: alle lagen im schweizerischen Mittel.

Und schliesslich war auch das Vertrauen in die Regierung entscheidend für das Stimmverhalten, stimmten doch diejenigen, die dem Bundesrat vertrauen, der Vorlage überdurchschnittlich oft zu, während die Zahl der Zustimmungen bei den Misstrauischen unterdurchschnittlich war.

Wie schon 1994 bei der Abstimmung über das Prinzip einer LSVA waren es die über 60-Jährigen und diejenigen ohne eigenes Auto, welche der Vorlage mit grossem Nachdruck zustimmten. Dagegen nahm, im Gegensatz zur Abstimmung vor vier Jahren, die Zustimmung mit zunehmendem Monatseinkommen und Ausbildungsniveau schrittweise zu. Was die geographische Verteilung angeht, so waren spürbar mehr Ja in den Städten zu finden als auf dem Land, während der Sprachgraben bei dieser Abstimmung nicht zum Vorschein kam.

In diesem Zusammenhang zeigt die VOX-Analyse, dass die Gründe im Bereich Verkehrspolitik in beiden Regionen einen vorherrschenden Platz einnahmen. Trotzdem scheint der Europa-reflex in der Romandie grösser gewesen zu sein, während offenbar die Unterstützung der Verkehrspolitik in der Deutschschweiz ausgeprägter war. Hier bezogen sich 11 Prozent der Gründe auf die Beziehungen zur EU und 38 Prozent auf die Verkehrspolitik. In der Romandie lag die Verteilung bei 24, respektive 47 Prozent.

Initiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»

Die Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» forderte die Beibehaltung des Frauenrentenalters von 62 Jahren. Sie hätte damit die Aufhebung der Verfü-gungen der 10. AHV-Revision bedeutet, welche am 25. Juni 1995 vom Volk gutgeheissen worden war, und welche die Angleichung des Frauenrentenalters auf dasjenige der Männer zum Ziel hatte. Der Nationalrat hatte (mit 111 gegen 69 Stimmen) wie auch der Ständerat (mit 36 gegen 5 Stimmen) die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Das Volk entschied wie die Räte: mit 41,5 Prozent Ja stiess die Initiative zwar auf eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung in der Bevölkerung, wurde aber von 21 Kantonen und Halbkantonen abgelehnt.

Wie erwartet führte diese Vorlage zu einer Polarisierung zwischen dem bürgerlichen und dem linken Lager: drei Viertel der SympathisantInnen von SVP, CVP und FDP lehnten die Initiative ab, während nahezu 60 Prozent der AnhängerInnen der SP sie guthiessen. Gewerkschaften und Angestelltenverbände ihrerseits konnten ebenfalls die Hälfte ihrer Mitglieder zu einem Ja bewegen. Dagegen wurde die Initiative von denjenigen, die keine Beziehung zu diesen Organi-sationen haben, unzweideutig abgelehnt. Der hier festgestellte Links-Rechts-Graben war im ganzen Land zu finden: die Stimmenden, welche sich selbst links in der politischen Skala einordnen, haben – gleich welcher Sprachzugehörigkeit – die Initiative mehrheitlich gutgeheissen, während diejenigen der Mitte sie eher ablehnten und diejenigen im rechten Lager vehe-ment dagegen waren.

Wie haben die Frauen, die durch das Rentenalter 62 direkt bevorzugt wurden, gegenüber der Initiative reagiert? Mit 46 Prozent Ja-Stimmen unterstützten die StimmbürgerInnen im allge-meinen die Vorlage stärker als die Männer, die nur zu 36 Prozent mit Ja stimmten. Trotzdem zeigte die Umfrage eine erstaunliche Differenz auf: die Westschweizer Frauen sprachen sich mit 65 Prozent für die Beibehaltung des Frauenrentenalters 62 aus, während die DeutschschweizerInnen dieses mit 39 Prozent kaum stärker befürworteten als die Männer. Es lässt sich

also nur in der Romandie ein geschlechtsabhängiges Stimmverhalten feststellen. Hier waren die Unterschiede zwischen den Geschlechtern oder zwischen verschiedenen politischen Ausrichtungen also bestimmend für den Ausgang der Abstimmung. In der Deutschschweiz dagegen kristallisierte sich die Abstimmung rein um das Schema links-rechts herum.

Und schliesslich widerspiegelt die Umfrage die wirtschaftliche Gefährdung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Personen mit Lehrabschluss zeigten sich dem Rentenalter 62 gegenüber aufgeschlossener als solche mit höherer Ausbildung. Eine Mehrheit der Geschiedenen und der Konkubinatspaare nahmen die Initiative an.

Zur Erklärung ihres Stimmenscheids brachten beide Lager das Prinzip der Gleichstellung zwischen Mann und Frau vor, hatten aber unterschiedliche Auffassungen zu diesem Punkt. Während die GegnerInnen in der Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 64 Jahre eben gerade die Anwendung dieses Prinzips sahen, sahen die BefürworterInnen im Gegensatz dazu in der Initiative eine Kompensation für die noch immer bestehenden Ungerechtigkeiten zuungunsten der Frauen. Auch die wirtschaftlichen Gründe hatten in beiden Lagern Gewicht, aber nach unterschiedlichen Gesichtspunkten: die GegnerInnen sorgten sich um die Finanzierung der AHV, während die BefürworterInnen sich um die wirtschaftlichen Nachteile für die Frauen sorgten.

Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe» (Kleinbauerninitiative)

Die Kleinbauerninitiative wurde von 77 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen und Halbkantonen abgelehnt.

Diese Initiative fand bei keiner Bevölkerungskategorie Anklang, obwohl sie nicht alle mit der gleichen Vehemenz ablehnten. Die SympathisantInnen von CVP, SVP und FDP lehnten sie stärker ab als diejenigen der SP. Allgemein zeigte sich, dass die Opposition bei Personen im rechten Lager (einschliesslich rechts aussen) und im politischen Zentrum sehr gross war, gegen links dann aber abnahm. Der Grad des Vertrauens in den Bundesrat hatte dagegen keinen Einfluss auf den Entscheid. Auch gab es praktisch keine Unterschiede im Zusammenhang mit Geschlecht, Alter, Ausbildungsniveau, beruflichem Status, Wohnort oder Sprachregion.

Bei dieser Abstimmung stellten sowohl BefürworterInnen wie GegnerInnen der Initiative die Bauern in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Aber nicht die gleichen Bauern. Während die BefürworterInnen hauptsächlich die kleinen Bauern unterstützen wollten, ging es den GegnerInnen vielmehr um den Bauernstand als Ganzes. Das Nein zur Initiative kann deshalb nicht als Votum gegen die Kleinbauern verstanden werden. Die Argumente der BefürworterInnen – Preisabbau bei den Nahrungsmitteln, Förderung der Kleinbauern und ein Ende des staatlichen Interventionismus in der Landwirtschaftspolitik – hatten keinen Einfluss auf den Ausgang der Abstimmung, was die massive Ablehnung der Initiative erklärt.

P.P.

8006 Zürich

politrends.ch

Eine neuartige Dienstleistung der Abteilung «Politik und Staat» des GfS-Forschungsinstituts

Seit dem 1. August 1998 bietet die Abteilung «Politik und Staat» auf Internet eine neuartige Dienstleistung an. Studienergebnisse zu den Themen Abstimmungen, Wahlen und Parteien werden hier topaktuell dokumentiert und mit vielerlei Nützlichem, das man in diesem Umfeld sucht, ergänzt. Unter «www.politrends.ch» finden Sie beispielsweise zu

... Abstimmungen

- eine Dokumentation aller Internet-Angebote zur jeweils anstehenden eidg. Volksabstimmung;
- Repräsentativ-Befragungen unseres Instituts zu den kommenden Volksabstimmungen (samt den Regeln der Interpretation);
- an Abstimmungssonntagen die «SRG-SSR-Hochrechnung», ergänzt mit unserer Erstanalyse;
- die Kurzfassungen der «VOX-Analysen»;
- Spezialdossiers zu den Themen «Europa», «Verkehr» und «Gentechnik»;
- ein Linkverzeichnis zu allen jüngsten Abstimmungsergebnissen weltweit;

... Wahlen

- das aktuelle «Wahlbarometer», welches das GfS-Forschungsinstitut für die SRG-SSR-Medien bis hin zu den Wahlen '99 erstellt;
- Artikel und Vorträge von Mitgliedern des Instituts, die im Wahljahr publiziert werden;
- ein Linkverzeichnis zu den jüngsten Wahlergebnissen weltweit;

... Parteien

- den neuesten Stand des «Parteienbarometers», der sich aufgrund der Trends in den kantonalen Parlamentswahlen berechnet;
- ein vollständiges Verzeichnis der Internetadressen der schweizerischen Parteien auf der nationalen und der kantonalen Ebene;
- ein Linkverzeichnis zu allen nationalen Parteien weltweit, sortiert nach Ländern und nach Parteienrichtungen.

Ferner finden Sie auf politrends.ch die news-tickers von 6 verschiedenen Agenturen des In- und Auslandes, sodass Sie sich jederzeit tagesaktuell informieren können.

In den ersten 5 Monaten von «politrends.ch» haben sich 7000 BesucherInnen von unserem virtuellen Polit-Magazin überzeugt.

*GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat»
Claude Longchamp, Abteilungsleiter
Luca Bösch, Webmaster*